

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 44.

Sonnabend, den 31. Oktober 1908.

12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen. — Die Steinindustrie in Oesterreich. — Wirtschaftliche Rundschau. — Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907. — Abgebrochener Streik in Blaubeurg. — Wie sich die christlichen Brüder gegenseitig abhelfen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Kirche, Schule und Volkssolidarität. — Der Bau-Strohmann. — Der Steinmetzmeisterverband und seine General-Verammlung. — Aus dem Lithographie-Eingebiet. — Feuilleton: Das Pfasterergewerbe auf der Münchener Ausstellung. Klassifizierung und Charakterisierung der Handwerksjuristen. —

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Bad Aibling. Die Direktion der Marmorwerke rief das Gewerbeamt Aibling als Einigungsamt an. Am 17. Oktober tagte vor demselben eine Unterhandlung unter dem Vorsitz des Bezirksamtsassessors Freiherrn v. Feilitzsch. Nach vierstündiger Unterhandlung und einigen Zugeständnissen kam eine Einigung zustande, ohne daß ein Schiedspruch gefällt werden mußte. Die Sperre ist somit aufgehoben.

Hof (Bayern). Der Streik bei der Marmorwarenfirma Deubner ist resultatlos verlaufen. Es fanden sich bedauerlicherweise Streikbrecher.

Hannover I. Die Berliner Firma Wimmel u. Co. hat am Rathausbau hiesige Steinmetzen entlassen und sucht vermutlich auswärtige Kräfte heranzuziehen.

Hamburg. Die Firma Menzing, Hannover, sucht für das Dörfel Gebiet Streikbrecher. Von hier aus wurde alles unternommen, um diese Maßnahmen zu vereiteln.

Bremen (Marmorarbeiter.) Nachdem die Arbeitgeber jede Verhandlung mit anderem Vorwissen ablehnten, ist der Zugang streng fernzuhalten.

Bredendick und Hameispringe a. Dörfel. Da die Firma Chr. Menzing jede Unterhandlung über Einführung eines Tarifes ablehnte, haben die Kollegen in beiden Dörfern die Arbeit niedergelegt und sind zum größten Teil abgereist.

Gefrees. Die Differenzen mit der Firma Haberstumpf sind erledigt. Die drei gemäßigten Vorstandsmitglieder wurden wieder eingestellt.

Metten. Die Streitenden bei der Bayerischen Granitaktiengesellschaft sind alle abgereist. Das umfangreiche Werk steht völlig still.

Blaubeurg. Der 18 Wochen dauernde Streik wurde abgebrochen, ohne daß die Anerkennung des Bezirksarifs erreicht werden konnte. (Siehe Artikel an anderer Stelle.)

Kürnbach (Baden). Die Sperre über sämtliche Betriebe der Firma Lachenauer in Kürnbach, Verdingen und Sulzfeld bleibt bestehen. Die ausständigen Kollegen konnten alle bis auf einen untergebracht werden. Als Arbeitswillige fungieren: J. Heilemann, L. Wittensdörfer und Aug. Weiß.

Heppenheim. Bei der Firma Gletsberg in Sonderbad haben 30 Kollegen wegen unregelmäßiger Lohnzahlung die Arbeit eingestellt. Unsere Kollegen haben sich anderweitig Arbeit gesucht.

Mühlhausen (Elsaß). Die Firma Klerfi ist gesperrt.

Die Steinindustrie in Oesterreich.

Am 3. Juni 1902 fand in Oesterreich die erste gewerbliche Betriebszählung statt, deren Ergebnisse kürzlich von der „Statistischen Zentralkommission“ in Wien herausgegeben wurden. Für ganz Oesterreich ergab die Zählung 1 408 855 gewerbliche Betriebe mit 4 049 320 darin tätigen Personen, gegen 2 856 348 landwirtschaftliche Betriebe mit 9 070 668 tätigen Personen. Zu allen 4 265 203 Betrieben stellen demnach die Gewerbe fast genau ein Drittel, zu den insgesamt gezählten 13 119 988 tätigen Personen etwas weniger als ein Drittel (31 Prozent). Die Landwirtschaft herrscht noch vor; eine Ausnahme davon bilden nur die Länder Niederösterreich, Vorarlberg und Triest mit Gebiet, wo die Zahl der gewerblichen Betriebe und der gewerblich tätigen Personen größer ist, als die der landwirtschaftlichen Betriebe und der in der Landwirtschaft tätigen Personen. Die gewerblichen Betriebe scheiden sich zunächst in die beiden Hauptgruppen, einerseits Erzeugungsgewerbe, andererseits Handel und Verkehr. Den 1 009 443 Betrieben der Erzeugungsgewerbe mit 3 333 021 Personen und 1 561 193 Pferdekraften stehen 399 412 Handels- und Verkehrsbetriebe mit 716 299 Personen und 229 285 Pferdekraften gegenüber, d. h. die Industrie umfaßt 72 Prozent aller Gewerbebetriebe, 82 Prozent aller gewerblich tätigen Personen und 87 Proz. aller im Gewerbe verwendeten Pferdekraften; für Handel und Verkehr betragen die entsprechenden Verhältniszahlen 28 Prozent, 18 Prozent und 13 Prozent.

In dem vorliegenden Berichte über die Gewerbe-zählung* werden drei Arten von Betrieben unterschieden,

nämlich mit Betriebsbogen aufgenommene Hauptbetriebe, Nebenbetriebe ohne eigenes Arbeitspersonal und mit „Heimarbeiterkarten“ gezählte Betriebe. Die Heimarbeiterkarten wurden aber nicht, wie ursprünglich geplant war, zur Feststellung des Umfangs der Heimarbeit, sondern hauptsächlich zur Zählung der „unbefugten“ Gewerbebetriebe verwendet, d. h. solcher Betriebe, deren Inhaber keine behördliche Bewilligung zur Ausübung ihres Gewerbes besaßen; außerdem wurde ein Teil der Störarbeiter mit Heimarbeiterkarten gezählt. — Die amtliche Bezeichnung „mit Heimarbeiterkarten gezählte Betriebe“ wirkt verwirrend, besonders in Gewerben, wo Heimarbeit nicht vorkommen kann.

In der Steinindustrie werden sechs Gewerbearten unterschieden (abgesehen von der Gewinnung und Bearbeitung von Edelsteinen), und zwar: Marmorbrüche, Schieferbrüche, sonstige Steinbrüche, Mühlsteinerzeugung, Verfertigung von Schieferwaren, Steinmetze, Steinbildhauer und sonstige Arbeiter von Steinen. Die Gesamtzahl der Betriebe, der darin tätigen Personen und der Pferdekraften der verwendeten Motore wird für jede Gewerbeart in der folgenden Tabelle dargestellt:

Gewerbearten	Zahl der		
	Betriebe	tätigen Personen	verwendeten Pferdekraften
Marmorbrüche	35	554	55
Schieferbrüche	80	1 265	152
Sonstige Steinbrüche	2248	19 410	1474
Mühlsteinerzeugung	117	382	17
Verfertigung von Schieferwaren	44	940	156
Steinmetzen usw.	3298	21 145	1527
Zusammen	5822	43 646	3381

Von den sechs Gewerbearten weisen bloß zwei, die „sonstigen Steinbrüche“ und das Steinmetzgewerbe usw. eine große Zahl Betriebe und beschäftigte Personen auf, die übrigen vier Gewerbearten sind von geringem Umfang. In der Gewerbeart sonstige Steinbrüche wurden 61 Nebenbetriebe ohne eigenes Personal ermittelt, im Steinmetzgewerbe waren 29 und in der Mühlsteinerzeugung war ein derartiger Nebenbetrieb vorhanden. Mit „Heimarbeiterkarten“ wurden gezählt: 69 Steinbrüche mit 140 tätigen Personen, 71 Betriebe der Mühlsteinerzeugung mit 77 tätigen Personen, 2 Betriebe der Verfertigung von Schieferwaren mit 2 tätigen Personen, 626 Steinmetz- und verwandte Betriebe mit 802 tätigen Personen. Es handelt sich hierbei um Betriebe, die ohne Gewerbechein oder sonstige behördliche Bewilligung ausgeübt werden. Sowohl die Nebenbetriebe ohne eigenes Personal wie die mit Heimarbeiterkarten gezählten Betriebe sind in der Steinindustrie ohne volkswirtschaftliche Bedeutung und sie sollen daher bei den weiteren Betrachtungen der Zählungsergebnisse außer acht bleiben.

Mit Betriebsbogen gezählte Hauptbetriebe bestanden: Marmorbrüche 35 mit 554 tätigen Personen; Schieferbrüche 80 mit 1265 tätigen Personen; sonstige Steinbrüche 2118 mit 19 270 tätigen Personen; Betriebe der Mühlsteinerzeugung 46 mit 255 tätigen Personen; Verfertigung von Schieferwaren 41 mit 938 tätigen Personen; Steinmetz- und verwandte Betriebe 2643 mit 20 343 tätigen Personen; zusammen 4963 Hauptbetriebe mit 42 625 tätigen Personen.

Zeitweise außer Betrieb waren am Zählungstage 336 Hauptbetriebe der Steinindustrie; in 24 davon waren zur Instandhaltung und Uebersichtung 77 Personen tätig. Die übrigen Betriebe und tätigen Personen verteilen sich auf Betriebsgrößenklassen in nachstehend angegebener Weise:

Betriebe mit je	Zahl der Betriebe je		Gesamtzahl der darin tätigen Personen	
	überhaupt	in Prozent	überhaupt	in Prozent
1 tätigen Person	905	19,5	905	2,1
2 bis 5 tätigen Personen	2096	45,5	6 612	15,5
6 " 10 "	678	14,8	5 111	12,0
11 " 20 "	507	10,8	7 374	17,3
21 " 50 "	318	6,9	9 551	22,5
51 " 100 "	84	1,7	5 735	13,5
101 " 300 "	35	0,7	5 439	12,8
über 300 "	4	0,1	1 821	4,3
Zusammen	4627	100,0	42 548	100,0

Die Kleinbetriebe bildeten zwar ein Fünftel der Gesamtzahl, aber auf sie entfielen bloß 2 Prozent der in der Steinindustrie tätigen Personen; auch auf die Kleinbetriebe mit 2—5 Personen kam nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der gewerblich Tätigen. Die Mittelbetriebe (11—20 Personen) stellten ein Viertel aller Betriebe dar und in ihnen war über ein Viertel aller Personen (29 Prozent) tätig. Die weitans größte Personenzahl — über die Hälfte — kam auf die Großbetriebe, die kaum ein Zehntel aller Betriebe bildeten.

Von den Betrieben der Größenklasse mit je 101—300 Personen kamen 2, in denen 294 Personen tätig waren, auf die Gewerbeart Schieferbrüche, 19 mit 2832 tätigen Personen waren sonstige Steinbrüche und 14 mit 2318

tätigen Personen waren Steinmetz- und verwandte Betriebe. Ueber 300 Personen waren in 3 Betrieben der Gewerbeart sonstige Steinbrüche (zusammen 1310 Personen) und in einem Betriebe der Gewerbeart Steinmetze tätig (511 Personen).

Von Interesse ist auch die Verteilung der in der Steinindustrie tätigen Personen nach Geschlecht, Alter und der Stellung im Betrieb. Unter allen 42 625 Personen befanden sich 3687 männliche und 86 weibliche Inhaber im Alter von mehr als 16 Jahren; 605 männliche und 40 weibliche technische und kaufmännische Angestellte im Alter von mehr als 16 Jahren, sowie 10 männliche Angestellte unter 16 Jahren; 33 746 männliche gewerbliche Arbeiter im Alter von mehr als 16 Jahren, 1312 männliche gewerbliche Arbeiter unter 16 Jahren, 1689 gewerbliche Arbeiterinnen im Alter von mehr als 16 Jahren, 41 gewerbliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren, ferner 1348 über 16 Jahre alte und 19 weniger als 16 Jahre alte männliche „untergeordnete Dienstpersonen“, endlich 37 über und 5 weniger als 16 Jahre alte weibliche „untergeordnete Dienstpersonen“. Von allen in der österreichischen Steinindustrie tätigen Personen waren 36 788 gewerbliche Arbeiter (87 Prozent). Von den gewerblichen Arbeitern allein bildeten die über 16 Jahre alten männlichen Personen rund 92 Prozent, die über 16 Jahre alten Arbeiterinnen etwa 5 Prozent und die Kinder bis zu 16 Jahren über 3 Prozent.

Die Zahl der Betriebe, welche Motore verwendeten, betrug: Marmorbrüche 5, Schieferbrüche 10, sonstige Steinbrüche 61, Mühlsteinerzeugung 2, Verfertigung von Schieferwaren 16, Steinmetzbetriebe 87. — Von allen überhaupt vorkommenden Arbeitsmaschinen, Ofen und andern Werkvorrichtungen wurden im ganzen nur 156 Arten erfragt. In der Steinindustrie wurden in drei Gewerbearten acht Arten von Maschinen und Ofen verwendet, auf die sich die Erhebung erstreckte.

Sene Betriebe, die nicht mit einem oder mehreren andern im selben Handelskammerbezirk gelegenen Betrieben gemeinsam geleitet werden, bezeichnet die österreichische Statistik als einfache Unternehmungen; zusammengesetzte Unternehmungen oder Betriebsverbindungen bestehen hingegen aus mehreren in einem Handelskammerbezirk gelegenen und einheitlich geleiteten Hauptbetrieben. In der Steinindustrie sind die Betriebsverbindungen verhältnismäßig zahlreich. Alle Hauptbetriebe verteilen sich folgendermaßen:

Gewerbearten	Einfache Unternehmungen		Teile v. Betriebsverbindungen	
	Zahl der Betriebe	Zahl der tätigen Personen	Zahl der Betriebe	Zahl der tätigen Personen
Marmorbrüche	19	189	16	365
Schieferbrüche	53	689	27	576
Sonstige Steinbrüche	1564	9 328	554	9942
Mühlsteinerzeugung	85	139	11	116
Verfertigung von Schieferwaren	38	672	8	266
Steinmetzen usw.	2299	13 241	344	7102

Die Betriebe, welche Teile von Betriebsverbindungen (zusammengesetzten Unternehmungen) sind, beschäftigen in der Regel eine größere Arbeiterzahl, als die einfachen Unternehmungen. Die vorstehenden Zahlen weisen auch darauf hin, daß in der österreichischen Steinindustrie die Konzentration des Kapitals ziemlich weit vorgeschritten ist. H. F.

Wirtschaftliche Rundschau.

Internationale Börsererschütterung durch die Balkanwirren. — Die Lage auf dem Kohlen- und Eisenmarkt.

Ueberwiegend künstlich, emporgetriebene Börsenkurse und plötzliche, eine Zeitlang von Tag zu Tag sich verschlimmernde Marktnachrichten vom Balkan — das Ergebnis waren wieder einmal „schwarze Tage“ an den Börsen von Paris, London, Brüssel, Wien und Berlin. Den Gipfel dieser Panik bildeten der Freitag vom 9. und der Sonnabend vom 10. Oktober. Bald darauf war eine gewisse Beruhigung zurückgekehrt, aber sie wird immer von neuem von Schwächeanfällen durchbrochen.

Viele Blätter gestehen jetzt unumwundener als bisher ein, daß an der jüngsten internationalen Hausbewegung viel Gemachtes war. Die Banken brauchten und schufen eine Gelegenheit, ihre großen Effektenbestände endlich zu lohnenden oder doch erträglichen Preisen an den Mann zu bringen. Ein großer und wohl der größte Teil des Materials ist dabei offenbar in recht schwache Hände übergegangen und wäre vorläufig sowieso immer wieder auf den Markt zurückgekehrt, bis er endlich in festerem bauern dem Besitze größerer Ruhe erlangt hätte. Die Schlag auf Schlag sich folgenden Konfliktbotschaften vom Balkan nahmen diesem schwimmenden Material mit einemmal jeden festen Halt. Ein allgemeines „Rette sich, wer kann!“ brach in diesen überlasteten Börsenschichten aus, und wie gewöhnlich wurden alsdann fast alle Werte in den Kurssturz hineingezogen.

In London zählten vor allem südafrikanische Goldminenanteile und Amerikawerte die Beute, weil sie vorher am heftigsten emporgetrieben worden waren.

Frankreichs Besitz an Türkenwerten schätzte man auf 2 Milliarden Frank. Die Serbenanleihen sind massenhaft in Paris untergebracht, und über die engen finanziellen Beziehungen zu Rußland braucht man kein Wort zu verlieren. Auch Südafrika- und Kupferaktien spielten in letzter Zeit eine besonders große, augenblicklich doppelt verhängnisvolle Rolle. Die

an Balkan- und Russenpapieren meistinteressierten Banken, wie die Banque de Paris und der Credit Lyonnais, litten in erster Linie.

In Deutschland widerstanden noch nicht einmal die Elektrizitätswerte: Siemens u. Halske notierte z. B. am 3. Oktober 203,90, am 10. Oktober 197,20; die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft 226 und 218,10. Von den Kohlen- und Eisenpapieren blieb fast keines verschont. Immer den 3. und 10. Oktober verglichen, notierte: Gelsenkirchener Bergwerk 194 und 186,40, Saarperner Bergwerk 206 und 198,50, Laurahütte 210 und 199,25, Rhönig 182,90 und 174,20, Deutsch-Lugemburger Aktien 159,25 und 148, Bochumer Gußstahl 225,25 und 218,50. Die Deutsche Bank und die Diskontogesellschaft, die seit jeher mit der Türkei und den Balkanstaaten geschäftlich eng verbunden sind, sahen ihre Aktien von 240,50 auf 235, und von 179,7 auf 174,75 fallen.

Eine Zeitlang schien es, als würden die Banken in London und auf dem Kontinent, in Vorbereitung auf noch ernstere politische Ereignisse, energisch alle Kredite einschränken und den Leitzins für Gelder aller Art heraufsetzen. Die schwachen Hände wären dann noch ganz anders in die Enge getrieben worden. Als die Kriegsgefahr mehr und mehr zurücktrat, beruhigte sich die Börse rasch. Viele deutsche Kurse zeigten am Freitag, 16. Oktober, schon wieder eine ähnliche Höhe, wie am Monatsbeginn. Sonderbarerweise leitete jedoch gerade die Veröffentlichung des russisch-englischen Konferenzprogramms am dem gleichen Freitag in London und Paris eine rückläufige Bewegung ein. Am Sonnabend, 17. Oktober, fiel die Berliner Börse fast auf das Niveau der kritischen Tage vom 9. und 10. Oktober zurück. Der nächste Montag aber brachte in London, Paris und Berlin abermals eine gewisse Erholung, da zwischen Bulgarien und der Türkei die Einigungsversuche günstig verlaufen sollten.

Zu den letzten Verwicklungen tritt für Oesterreich und Deutschland noch die Drohung mit dem Boykott gegen den Warenabsatz nach der Türkei und der ganzen Levante. Derartige nationalistische Boykottkämpfe sind schwerer auszuführen, wie angedroht. Die feindselige Stimmung gegen Deutschland wird sich vielleicht rasch legen. Immerhin empfindet man jetzt selbst die geringste Störung bitter.

Demnach die Nachrichten aus den wichtigsten Produktionszweigen klingen gleichfalls fortgesetzt unbefriedigender. Trotz des forcierten Exports nehmen im deutschen Westen die Lager von Kohlen und Roß infolge des Minderverbrauchs der Hochöfenwerke und der übrigen Industrien stetig zu. Damit scheint nun endlich in die Preispolitik des Kohlenyndikats Bremsen gelegt zu werden, nachdem alle Klagen und Forderungen der Brennstoffverbrauchenden Industrien in den meisten Handelskammern nichts fruchteten. Die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft hat nach ihrer vorwöchentlichen Pressemitteilung nicht weniger wie 254 000 Tonnen Roß auf Lager nehmen müssen. Das sind 15 Prozent derjenigen Ziffern, die die Gesamtproduktion für 1907 bildeten. Das belgische Kohlenyndikat hat Anfang Oktober seine Preise um 2 Frank pro Tonne ermäßigt. In Newcastle notierten beste englische Dampfsteinkohlen im Januar 1907, auf dem Gipfel der Hochkonjunktur, 13½ Schilling, im Januar 1908 13 Schilling und jetzt, im Oktober 1908, 12½ Schilling, und noch viel stärker ermäßigten sich in den gleichen Zeitabständen: zweitklassige Dampfsteinkohlen von 12½ auf 12 und zuletzt auf 10—11 Schilling, kleine Dampfsteinkohlen von 8—9 auf 7 und 5 Schilling, Gießereistein von 30 auf 19 und 17½ Schilling. Wir bestreiten gar nicht, daß seinerzeit auch die Preissprünge nach oben in England viel heftiger waren, wie bei uns, und daß insofern das Kohlenyndikat das Rückgrat der Preise gemindert hat. Aber eine Syndikatspolitik, die am 1. April, ein halbes Jahr nach der amerikanischen Katastrophe und ihrer Rückwirkung auf Deutschland, die Preise nochmals anzog, richtet sich selber, denn der aus überhöhen Preisen sich ergebende Minderabsatz muß schließlich sogar die Ertragsproportion gefährden.

Die am 30. Juni ihr Geschäftsjahr beendenden Gesellschaften der Eisenproduktion erschienen nach und nach alleamt mit ungunstigeren Abchlüssen oder doch mit deprimierenden Zukunftskindigungen. Die Auflösung des Düsseldorf-Roßensyndikats kommt nicht nur in Preisabschlägen, sondern auch in der Zurückhaltung der Weiterverbraucher zum Ausdruck, die noch niedrigere Zukunftspreise abzuwarten gedenken. Die monatliche Produktion von Roßens in Deutschland und Luxemburg ist nunmehr, wie wir schon früher erwähnten, seit März nicht nur unter die Monatsziffern von 1907, sondern sogar von 1906 gesunken. Die Septemberziffern bestätigen das abermals. (928 720 Tonnen in 1908, 1 091 020 Tonnen in 1907, 1 036 763 Tonnen in 1906.) Man rechnet jetzt auf das ganze Jahr 1908 ungefähr eine Erzeugung von 11¼ Millionen Tonnen, gegen 13 046 Millionen Tonnen in 1907 und 12 478 Millionen Tonnen in 1906. Und selbst diesen Produktionsumfang halten wir zu einem guten Teil nur durch die Mehrausfuhr aufrecht.

Berlin, 25. Oktober 1908.

Mag Schippel.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

1.

Das Jahr 1907 hat, gegenüber dem Jahre 1906, den deutschen Gewerkschaften eine starke Verminderung der wirtschaftlichen Kämpfe — Streiks und Aussperrungen — gebracht. Während die Zahl der Kämpfe im Jahre 1906 insgesamt 3480 betrug, zählt das Jahr 1907 deren nur 2792. Das ist eine Verminderung um 688 = 19,8 Prozent. Man wird leicht geneigt sein, die Abnahme der Kämpfe auf das Konto der im Laufe des Jahres 1907 eingetretenen wirtschaftlichen Depression zu setzen, doch ist eine solche Folgerung nur mit Vorbehalt zu ziehen. Es darf zunächst nicht außer acht gelassen werden, daß das Jahr 1906, als ein Jahr der Hochkonjunktur und ständig steigender Lebensmittelpreise, eine außerordentlich hohe Zahl von Lohnbewegungen aufwies, die naturgemäß in einer verhältnismäßig größeren Anzahl wirtschaftlicher Kämpfe ausliefen. Trotz der starken Abnahme der Kämpfe überragt das Ergebnis des Jahres 1907 doch noch bei weitem das des Jahres 1905, in welchem 2323 Kämpfe stattfanden. Es ist deshalb weit gefehlt, auf Grund der Abnahme der Kämpfe gegen das Vorjahr, auf eine Beeinträchtigung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften, verursacht durch den wirtschaftlichen Niedergang, zu schließen, wie es von den Unternehmern berzett geschieht.

Will man ein zutreffendes Bild von den Erfolgen und der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften gewinnen, so dürfen die Feststellungen über Streiks und Aussperrungen nicht getrennt werden von den Feststellungen über die Bewegungen im allgemeinen. Gerade die große Zahl der friedlich verlaufenden Bewegungen legen ein bereites Zeugnis ab von der wachsenden Macht und dem steigenden Einfluß der Gewerkschaften auf das wirtschaftliche Leben.

Nicht in dem gleichen Verhältnis wie die Kämpfe hat sich die Zahl der daran beteiligten Personen vermindert. Sie betrug im Jahre 1907: 281 030, gegenüber dem Vorjahre weniger 35 012 Personen = 11,1 Prozent. 1906 entfielen auf jeden Kampf durchschnittlich 91 Beteiligte, dagegen 1907 101 Beteiligte. Die an der Durchführung der Kämpfe beteiligten Organisationen haben dafür insgesamt 12 364 082 Mk. aufgewendet. Im Jahre 1906 betrug die aufgewendete Summe 13 297 862 Mk., es sind also im Jahre 1907 933 780 Mk. weniger für die wirtschaftlichen Kämpfe ausgegeben worden. Die auf jeden Streikenden entfallende Unterstützungsrate ist wiederum, wenn auch unerheblich, gegenüber 1906 gestiegen. Der Anteil eines Streikenden an Unterstützung betrug im Durchschnitt 1906 42,08 Mk., 1907 43,99 Mk.

Sowohl die höhere Beteiligungsziffer wie auch die relative Vermehrung der Ausgaben legen davon Zeugnis ab, daß auch im Krisenjahre 1907, gleich wie im Vorjahre, die wirtschaftlichen Kämpfe seitens der Arbeiterchaft intensiv und mit zäher Ausdauer geführt wurden.

Mit dem Jahre 1907 ist auch in bezug auf die Mittel, welche die Gewerkschaften zur Durchführung ihrer Kämpfe aus den eigenen Kassen aufwenden, von allen Berichtsjahren, seit 1890, der höchste Rekord erreicht worden. Rund 97,9 Prozent der Gesamtausgabe fließen aus den eigenen Kassen der an den Kämpfen beteiligten Gewerkschaften. Ein glänzender Beweis für die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, die um so höher zu bewerten ist, als diese noch für die verschiedensten Unterstützungsgegenstände im letzten Jahre bedeutende Aufwendungen machten. Während für alle Unterstützungen, außer der Streikunterstützung, im Jahre 1906 9 020 931 Mk. ausgegeben wurden, betrug dagegen diese Ausgabe für das Jahr 1907: 13 659 962 Mk. Die zum Teil früher aufgestellte Behauptung: daß durch die Einführung von Unterstützungsvereinigungen die Gewerkschaften in der Aktionsfähigkeit beeinträchtigt würden, ist durch diese glänzende Entwicklung in der Leistungsfähigkeit ad absurdum geführt worden.

Das prozentuale Verhältnis der Angriffs- und Abwehrstreiks, sowie der Aussperrungen, zu den gesamten Kämpfen, hat gegen das Jahr 1906 nur eine unerhebliche Veränderung erfahren, die nicht ins Gewicht fällt. Von den 2792 Kämpfen waren Angriffstreiks 1635 = 58,6 Prozent. In 834 Fällen = 29,9 Prozent, mußte gegen verbotene Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft werden, und in 323 Fällen = 11,5 Prozent, vollzogen die Unternehmer Aussperrungen. Das Gesamtergebnis der Kämpfe ist ungünstiger, als das des Jahres 1906. Es endeten erfolgreich 1337 Kämpfe = 47,9 Prozent. (1906: 53,8 Prozent.), teilweise erfolgreich 687 Kämpfe = 24,6 Prozent. (1906: 21 Prozent.) und erfolglos 614 Kämpfe = 22 Prozent. (1906: 21 Prozent.). Am 1. Januar waren 84 Kämpfe nicht beendet, und von 70 Kämpfen blieb das Resultat unbekannt. Ist das Ergebnis auch ungünstiger als das des Vorjahres, so entspricht das Resultat immerhin noch dem Durchschnittsergebnis der 17 Berichtsjahre; nur das prozentuale Verhältnis der erfolgreichen Kämpfe steht um ein geringes unter der Durchschnittsziffer. Im Durchschnitt der 17 Berichtsjahre endeten die Kämpfe: mit vollem Erfolg zu 48,5 Prozent., mit teilweisem Erfolg zu 22,1 Prozent., und erfolglos zu 23,4 Prozent. Den größten Anteil an den wirtschaftlichen Kämpfen hat wiederum das Baugewerbe mit 1011 Kämpfen und 81 248 Beteiligten; es folgt dann die Metallindustrie mit 472 Kämpfen und 53 717 Beteiligten. Der Zahl der Kämpfe nach steht dann an dritter Stelle die Holzindustrie mit 307 Kämpfen und 29 823 Beteiligten. Die Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie weist dagegen zwar nur 254 Kämpfe, jedoch mit 50 904 Beteiligten auf. Das graphische Gewerbe und die Papierindustrie hat mit 88 Kämpfen und 1827 Beteiligten den geringsten Anteil an den gesamten Kämpfen. Das prozentuale Verhältnis der Resultate der Kämpfe, verteilt auf die Gewerbegruppen, ist folgend festgestellt: Mit vollem und teilweisem Erfolge wurden durchgeführt im Baugewerbe 75,9 Prozent., im Handels- und Verkehrsgewerbe 75,5 Prozent., in der Metallindustrie und dem Schiffbau 75,2 Prozent., in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 74,9 Prozent., in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie 74,8 Prozent., in der Holzindustrie 72,0 Prozent., in sonstigen Berufen 64,5 Prozent., und in dem graphischen Gewerbe und Papierindustrie 33 Prozent.

An den Kämpfen des Jahres 1907 waren beteiligt 54 Verbände, davon hatten mehr als fünfzig Kämpfe 15 Verbände durchzuführen, und partizipieren diese an den gesamten Kämpfen in nachstehender Reihenfolge: Maurer 417, Metallarbeiter 344, Holzarbeiter 244, Zimmerer 184, Transportarbeiter 155, Fabrikarbeiter 152, Bauhilfsarbeiter 149, Brauereiarbeiter 97, Maschinenisten 90, Schneider 88, Tabakarbeiter 72, Textilarbeiter 66, Maler 55, Buchdrucker 54, Schuhmacher 52. Das sind zusammen 2219 oder 79,5 Prozent. der gesamten Kämpfe. Auf die übrigen 39 Verbände entfallen zusammen 573 = 20,5 Prozent. der gesamten Kämpfe. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe stehen die Verbände der Metallarbeiter 47 887, Maurer 32 649, Textilarbeiter 28 675, Holzarbeiter 26 619, Bauhilfsarbeiter 17 695, Schneider 16 649, Fabrikarbeiter 12 963, Seeleute 12 300, Zimmerer 11 984, Maler 7952, Hafenarbeiter 7841, Transportarbeiter 7619, Bergarbeiter 7387. Insgesamt waren die vorstehend bezeichneten dreizehn Verbände mit 238 220 Personen an den Kämpfen beteiligt, die 84,7 Prozent. der Gesamtzahl der Beteiligten ausmachen.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 274 052 = 97,5 Prozent. der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit 4 922 467 Tage und der Ausfall an Verdienst 21 527 862 Mk.

Abgebrochener Streik in Blaubeurg.

Volle 18 Wochen tobte der Kampf, die Kollegen bewiesen eine musterghültige Haltung und trotzdem konnten wir keinen anerkannterwertigen Erfolg erzielen. Die bahrische Granitaktiengesellschaft hat scheinbar gesiegt und die Aktionäre werden sagen: „Noch ein solcher Sieg und wir sind verloren.“ Das Beispiel des Herrn Köhler in Meßen könnte leicht Nachahmung finden.

In Blaubeurg wurde schon vor etwa 10 Jahren ein umfangreicher Streik geführt, der unsern Kollegen auch einige Vorteile brachte. In Metten dagegen gab es die erste kleine Pflanzerei erst im Monat Mai mit einem hartnäckigen Kleinmeister. Wir erzielten dort einen vollen Erfolg.

Die Organisation im Bahrischen Wald hat sich in den letzten zwei Jahren normal entwickelt und so war es klar, daß in bezug der Regelung der Lohnverhältnisse etwas getan werden mußte. Nun zur Sache selbst. Es ist bekannt, daß für den Bahrischen Wald in diesem Jahre ein Bezirksstarik zustande kam. Derselbe hat für 22 Unternehmern mit 27 Betrieben Gültigkeit und kommt zirka 500 Arbeitern zugute. Schon diese beträchtliche Arbeiterzahl, die durch den Abschluß profitierte, zeigt, daß dem Abkommen ein großer sozialer Wert beigelegt werden muß. Gewiß hat der Bezirksstarik noch Mängel, aber auf den ersten Anhub können wir nicht alles ordnen. Soviel denjenigen zur Antwort, die alles besser machen wollen.

Die Bahrische Granitaktiengesellschaft fand aber keine Veranlassung, den Bezirksstarik anzuerkennen. Sie trieb ein recht verwerfliches Spiel, wie hier gleich bewiesen werden soll. So ließ die Bahrische Granitaktiengesellschaft gelegentlich einer Versammlung der Unternehmer in Passau durch ihren Prokuristen erklären, „daß die Unterhandlungen unsererseits mit dem Verband der Granitindustriellen von Bayern auch für die Geltung haben soll.“ Aber schon am 17. April 1908 zog die B. G. A. G. ihre Erklärung zurück.

Am 16. Mai 1908 erhielt Mittenmeier von der Direktion die schriftliche Bestätigung, „daß sie bereit sei, auf Grund des mit den übrigen Geschäften abgeschlossenen Lohnstarikvertrages mit uns zu verhandeln.“ Unterm 27. Mai 1908 schrieb die Direktion: „Als Verhandlungsort haben wir Regensburg in Aussicht genommen, und glauben, vorerst von der Wahl eines unparteiischen Vorsitzenden absehen zu können.“ Am 1. Juni 1908 bestätigte man den Empfang des von uns mit den übrigen Unternehmern abgeschlossenen Tarifvertrages.

Am 5. Juni 1908 erhielt Mittenmeier von der Direktion ein Schreiben, worin sie mitteilte, daß sie bereit sei, den Tarif für Metten anzuerkennen, jedoch mit Ausnahme der Freistellung für Schmiede und Werkzeug, für die nach wie vor nur eine Entschädigung bezahlt werden soll. Außerdem sollten auch die allgemeinen Bestimmungen, die recht wesentliche Vorteile enthielten, für dieses Werk keine Gültigkeit haben.

Trotz der Zusicherung der Unterhandlungen und der Festsetzung des Unterhandlungsortes schrieb man uns: „Wir erachten hierdurch die Mettener Lohnstarikangelegenheit für erledigt.“

Am 11. Juni 1908 erhielt M. eine erneute Zusicherung: „Bezüglich einer mündlichen Unterhandlung betreffs des Blaubeurger Tarifs werden wir, sobald wir mit den Vorarbeiten fertig sind, Ihnen Ort und Tag bekannt geben.“ Ferner heißt es: „Die Vorarbeiten sind mit viel Zeitaufwand verbunden. Insofern wir den uns vorgelegten Tarif durchgesehen haben, vermessen wir noch den Tarif für Flächen- und Gliederberechnung und so fort.“

Wie weit hier der Wahrheit die Ehre gegeben wurde, beweist eine an M. gerichtete Antwort des Verbandsvorsitzenden der Unternehmer, welche unter anderem lautete: „Auf Ihre Anfrage teile ich Ihnen mit, daß unser Verband der B. G. A. G. den uns von Ihnen seinerzeit in Passau übergebenen Glieder- und Flächenstarik nebst Skizzen durch Schreiben vom 25. März dieses Jahres hat zugehen lassen und daß uns der Empfang desselben mit Brief vom 31. März d. J. seitens der vorgenannten Gesellschaft bestätigt wurde.“

Somit ist der Beweis erbracht, daß man wissentlich alles versuchte, die Verhandlungen zu verzögern und uns Taktlosigkeit vorzutwerfen. Dem Werk wurde aber die Krone aufgesetzt, indem am 13. Juni 1908 die Direktion schrieb, „daß sie eine mündliche Unterhandlung nicht mehr für notwendig halte“; daß uns ferner in einem Schreiben am 20. Juni 1908 zugemutet wurde, „daß wir mit ihrer Vorlage bezüglich Blaubeurg hoffentlich einverstanden sind, daß jede mündliche Unterhandlung ausgeschlossen sei, da der Herr Direktor seinen Urlaub zur Stärkung seiner Gesundheit antrete.“

Kommentar zu einer derartigen Stellung dürfte nach dem Angeführten wohl unnötig sein.

Kein Kollege wird sich nun wundern, wenn unter solchen Gesichtspunkten die Steinarbeiter von Metten und Blaubeurg einmütig die Arbeit am 23. Juni 1908 niederlegten.

Saufenweise reisten nun die Kollegen ab und fanden überall gern Aufnahme. Ist doch der bahrische Granitsteinmeh bei den Unternehmern allerorts als tüchtiger Arbeiter und Schinder bekannt. Alle Anstrengungen der Firma und deren Helfersbelfer, Arbeitswillige zu erhalten, blieben erfolglos, und so berging dann Woche um Woche, ohne daß von der einen oder der andern Seite eine Nachgiebigkeit verspürt wurde. Am 11. August schrieb nun die Direktion, sie wolle für Blaubeurg zu dem Bezirksstarik eine Härtezulage von 3 Prozent und eine Entschädigung für Schmiede und Werkzeug von 10 Prozent statt bisher 8 Prozent vom Arbeitsverdienst bewilligen. Für Metten sollen nach wie vor jedwede Zugeständnisse ausgeschlossen bleiben.

Wenn es nun trotz dieser teilweisen Zugeständnisse zu keiner sofortigen Unterhandlung kam, so war dies dem Umstand zu verdanken, daß die Direktion nach wie vor eine mündliche Unterhandlung verweigerte und die Differenzen immer noch bedeutende waren. Da plötzlich, am 28. August 1908, bot sich ein Lehrer den Arbeitern an, die Unterhandlungen als unparteiischer Vermittler in die Hände nehmen zu wollen. Auch der Vermittler war sich der Schwierigkeit dieses übernommenen Amtes halb bewußt, und er erlebte bei der Taktik dieser Firma große Enttäuschungen. Nach vielem Unterhandeln machte nun die Firma für Blaubeurg folgende Zugeständnisse:

Anerkennung des Bezirksstariks (Mettener Preise) mit einer Härtezulage von 5 Prozent; Entschädigung für Schmiede und Werkzeug an Steinmeh 10 Prozent, an Pflasterer und Rißer 8 Prozent und an Bohrer 6 Prozent vom Arbeitsverdienst. Für Pflasterer 2. und 3. Sorte, blau resp. grau, 5 Pfg. pro Stüd. Für Tagelöhner einen Stundenlohn von 21 bis 26 Pfg. mit einer Erhöhung ab 1. April 1909. Ferner Anerkennung eines Arbeiterausschusses, Einführung einer Lohnzahlungsart, Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter und Regelung des Umtausches und Zurücknahme von Werkzeug.

Diesen Bedingungen haben die in Blaubeurg am 16. Oktober 1908 versammelten Steinarbeiter mit 23 gegen 6 Stimmen in namentlicher Abstimmung zugestimmt, und somit den Kampf für beendet erklärt. Die Organisation als solche hat jedoch einen Vertragsabschluß unter solchen Bedingungen nicht vollzogen, da sie nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß es für sie nicht eher einen Frieden geben kann, bis nicht der Bezirksstarik in allen seinen Bestimmungen voll und ganz bewilligt ist. Extravakanten in einem Gebiet zu bewilligen, in dem der große Teil der Unternehmer mit uns in ein Vertragsverhältnis eingetreten ist, hieße für unsern Verband: „Sich selbst aufgeben.“

Folglich kann nur von einem Waffenstillstand, nicht aber von einem Frieden gesprochen werden. Wie lange dieser Waffenstillstand in Blaubeurg dauert, wird einzig und allein von der Direktion abhängen, wie sie vorerst diese Bedingungen hält.

Nicht zuletzt dürfte für die B. G. A. G. halb klar werden, daß mancher der abgereisten Arbeiter unter solchen Bedingungen nicht Willens ist, in den Betrieb zurückzukehren, was für die Aufrechterhaltung der in Frage kommenden Betriebe einen dauernden Schaden darstellen dürfte.

In Metten dagegen wird die Arbeit unter keinen Umständen aufgenommen. Diejenigen, die am Streik beteiligt waren, sind alle abgereist, auch in Metten sind Arbeitswillige nicht zu verzeichnen. Für Metten kann es nicht zugegeben werden, daß zweierlei Tarifabmachungen Gültigkeit haben sollen. Würden wir dem stattgeben, der Bezirksstarik wäre durch unser Zutun außer Kraft gesetzt.

Wie der Streik in Metten das Wirtschaftsleben beeinflusst, dafür nur einen Beweis. Die dortige Lokalbahn wird wahrscheinlich mit einem Defizit abschließen, denn der zurückgegangene Steintransport hat eine mächtige Wiedereinnahme verursacht. In bürgerlichen Zeitungen wurde auf diese Erscheinung mit besonderer Wehmut verwiesen. Schuld daran ist natürlich nur die B. G. A. G.

Der Bezirksstarik hätte mit Leichtigkeit Anerkennung finden können, denn die Aktiengesellschaft verteilt regelmäßig 10 bis 12 Prozent Dividende.

„Waldler“ an dieser Stelle betont sein, welches während des bisherigen Kampfes kein Einschreiten der Behörde erforderte, und weder Geld-, Haft- oder Gefängnisstrafe zeitigte. Die Kollegen werden sich auch der ferneren Pflichten treu bewußt sein und stets der Parole gedenken für Metten: „Kampf bis zum vollen Sieg“; für Blaubeurg: „Aufgehoben ist nicht aufgehoben.“

Wie sich die christlichen Brüder gegenseitig abschlichten.

Ueber den christlichen Bruderkrieg im Saargebiet berichtet die „Neurhätener Volkszeitung“:

Die Tätigkeit der Sachabteilungsgeistlichen durch Sineingezerrten kirchlicher Institutionen in den Gewerkschaftsstreit hat schon das größte Aergernis erregt. In großer Zahl üben heute schon katholische Bergleute ihre Reichspflicht nicht mehr bei ihrem heimischen (Sachabteilungs-) Geistlichen aus, sondern sie suchen die Reichspflicht von Geistlichen in anderen Ortschaften, nur um vor den ewigen Belästigungen im Reichstuhl wegen ihrer Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft sicher zu sein. Der Nichteingeweihte macht sich von dem Treiben der Sachabteilungsgeistlichen gar keinen Begriff. Sonntag für Sonntag wird in teils offener, teils verdeckter Weise die Kanzel zu unverantwortlichen Gegereien gegen die christlichen Gewerkschaften benutzt. Von Sulzbach aus gingen vor einiger

Zeit Sonntag für Sonntag eine Anzahl katholischer Gewerkschaftler nach dem benachbarten Dudweiler zur Kirche, nur um in ihrer Heimatgemeinde nicht fortgesetzt die offenen und verdeckten Angriffe gegen die christlichen Gewerkschaften von der Kanzel herunter hören zu müssen. In einem Dorfe der Tholeber Gegend hatte der Ortsgeistliche von heiliger Stelle aus fortgesetzt gegen die christlichen Gewerkschaften gedonnert und die Bergmannsfrauen davor fanatisiert, daß diese ihren nur Sonntags von der Grube heimkehrenden christlich organisierten Männern die schrecklichsten Szenen machten. Einem Bergmann wurde das Schreiben seiner Frau so stark, daß er es vorzog, mehrere Wochen im Quartier zu bleiben und Sonntags nicht nach Hause zu gehen.

In einem andern Orte hatte die Zahlstelle des christlichen Gewerkschafts den Geburtstag des Kaisers gefeiert und die Feier etwas lange ausgedehnt. Am nächsten Sonntag machte der Ortsgeistliche, der sonst alle andern Vereine beim Festfeiern ruhig gewähren ließ, diese Kaisergeburtstagsfeier zum Gegenstand einer Predigt. Der Schluß der Predigt lautete etwa wie folgt: „Verflucht sei das Haus, in dem das Fest stattfand, verflucht sei der Wirt, dieser Faulenzler, verflucht sei jeder Stein, der auf dem andern ist, verflucht sind alle, die an dem Fest teilnahmen usw.“ Ein anderer Geistlicher verglich von der Kanzel herunter die christlichen Gewerkschaftsführer mit ungetreuen Haushaltern. Ein Fachabteilungsgeistlicher im Landkreis Trier warf jüngst dem christlichen Gewerkschaftsführer Hüßes ganz unverblümt vor, er habe sich von den Feinden der katholischen Kirche bestechen lassen.

Der „Berliner Richtung“ innerhalb der katholischen Arbeiterbewegung, die folgermaßen gegen die christlichen Gewerkschaften wütet, hat aber jüngst Pius X. gerade wegen ihrer Tendenz besonderes Lob gesendet und ihr seinen Segen erteilt. Wie diese Gesegneten von ihren christlichen Gegnern eingeschätzt werden, ist unsern Lesern genugsam bekannt. Erst kürzlich nannte die „Baugewerkschaft“ die Katholiken „Berliner Richtung“ die Schleier, die nicht offen zu kämpfen wagten, sondern aus dem Hinterhalt ihre vergifteten Pfeile abschöpfen. Und im Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes war die Rede davon, daß der katholische Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften wüthete, widerliche Formen angenommen habe; das Blatt sprach ferner von skrupelloser Hezerei und von fanatischem Haß. Auch in der jüngsten Nummer dieses christlichen Gewerkschaftsblattes, worin über den Verlauf christlicher Versammlungen in Schlesien berichtet wird, sind eine Anzahl Kraftworte der gleichen Art abgeleget. Was will der katholische Arbeiterverband? lautete das Thema, das Buhl (ein katholischer Arbeitersekretär) in einer Reihe von Versammlungen als Unterlage zu einer fanatischen Rede gegen die Christlichen herhalten mußte. Wie eine phono-graphische Walze leierte er die bekannten Berliner Vorwürfe und Verleumdungen gegen die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer herunter. Traurig, überaus traurig, daß sich ein solcher Fanatiker — alias heulender Demwisch — als „katholischer Arbeitersekretär“ bezeichnen darf. Und aus einer dieser Versammlungen wird berichtet: „Ganz besonders war es ein Mitglied des Arbeitervereins, welches sich durch beleidigende Zwischenrufe wie Riffhausen, Judas, Quatschkopf und dergleichen hervortat. Schließlich verlor der Spötter das Gleichgewicht und fiel mit dem Stuhle um. Die Ursache dieses „Unfalles“ ist zu erraten.“

In der letzten Nummer der „Gewerkschaftsstimme“ wird ebenfalls in scharfer Weise gegen die „lieben Brüder“ von der katholischen Fachabteilung losgedonnert. Auch einem geistlichen Präses wird ganz unverblümt die Wahrheit geigeigt.

Wir nehmen von den maßlos erbitterten Kämpfen zwischen den Christenbrüdern deshalb Notiz, weil sich die Vertreter beider Richtungen trotz alledem nicht entblöden, immer wieder pharisäerhaft auf den angeblichen Terrorismus und den Meinungsstreit der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei hinzuweisen. Und mit welchem Wutgeschrei fallen die Merkmalen über-politische Gegner, vor allem über die Sozialdemokratie her, wenn von ihnen gebührenderweise auf den bekannten Mißbrauch von Kanzel und Beichtstuhl zu politischen Zwecken hingewiesen wird! Flugs ist die heilige Religion schändlich „angegriffen“ und „beschmutzt“. So etwas zieht nach alter Erfahrung bei den Gläubigen am besten und es ist darum um so kostbarer, daß sich gegen den skrupellosen Mißbrauch von Kanzel und Beichtstuhl sogar die braven christlichen Gewerkschaftler und in der Person des Herrn Giesberts ein leidenschaftlicher Zentrumsabgeordneter zur Wehr setzen müssen. Es gibt also wirklich noch so etwas wie eine Vergeltung.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Am 1. Januar 1909 erhalten alle Kollegen, soweit sie bis dahin ein Jahr organisiert sind, neue Mitgliedsbücher. Also auch diejenigen, die die alten Bücher noch nicht voll haben. Die neuen Bücher werden erst dann ausgefertigt, wenn die alten Bücher resp. Interimskarten vollständig in Ordnung sind. Vor dem 1. Januar dürfen keine neuen Bücher ausgestellt werden. Die Ortsverwaltungen haben dahin zu wirken, daß Restanten am 1. Januar nicht mehr vorhanden sind, damit die Ausstellung der neuen Bücher keine Verzögerung erleidet.

Diejenigen Kollegen, welche bereits ein Jahr Verbandsmitglied sind, erhalten jetzt kein Buch ausgestellt, sondern fleben bis 1. Januar in der Interimskarte weiter.

Gleichzeitig findet am 1. Januar ein Farbenwechsel der Beitrags- und Erwerbslosenmarken statt. Alle Marken dürfen in die neuen Bücher nicht geklebt werden. Wo trotzdem alte Marken in die neuen Bücher geklebt sind, werden diese für ungültig erklärt. Die alten Marken sind nach dem 1. Januar an den Zentralvorstand einzusenden. Bei Bestellung von Markenmaterial mögen die Ortskassierer Vorstehendes berücksichtigen.

Der Versand der neuen Mitgliedsbücher beginnt von Mitte November ab und wird durch die Expedition von Albert Meyer, Leipzig, befördert. Dieses ist von den Ortsverwaltungen zu beachten, damit die Annahme nicht verweigert wird.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß sich die Bestimmungen betr. Uebertritt aus andern Organisationen und die damit verbundenen Vergünstigungen (siehe § 3, Abs. 3a des Statuts) nur auf den erstmaligen Uebertritt beziehen. War aber ein Kollege schon Mitglied des Steinarbeiterverbandes und tritt zu einer gegnerischen Organisation, z. B. der Mayener Vereinigung, über, so muß er neu eintreten, wenn er wieder Mitglied des Steinarbeiterverbandes werden will. Ein Anrechnen der dort geleisteten Beiträge gibt es in diesem Falle nicht. In Lübeck wurde einem solchen Kollegen eine Reisekarte ausgestellt und auch in Hamburg und Bremen Unterstützung gezahlt, trotzdem das Buch obendrein noch 12 Wochen Beitragsreste aufwies. Eine bessere Beachtung der statutarischen Bestimmungen wäre schon am Platze.

Dem Kollegen Felix Wittig ist die Reisekarte abzunehmen und solange keine Unterstützung zu zahlen, als er nicht nachgewiesen, wo er bis zum Verlust seines Buches die Beiträge entrichtet hat.

Korrespondenzen

Auerbach (Bogtland). Endlich tagte hier wieder einmal eine Steinarbeiterversammlung. Erfreulicherweise waren alle Verbandsmitglieder zur Versammlung erschienen. Die Quartals-

abrechnung wurde vorgelesen. Die Revisoren befanden, daß Bücher und Kasse musterhaft geführt seien. Leider legte der Kassierer sein Amt nieder. Die Neuwahl wurde sofort vorgenommen und das wichtige Amt übertrag man dem Kollegen Bauch. Der Vorsitzende hielt noch eine schwungvolle Rede. Gerade jetzt seien alle wirtschafts-politischen Vorgänge genau zu verfolgen, denn für die Arbeiter kämen traurige Zeiten. Wenig Arbeit und hohe Steuern seien das Stigma für die Zukunft. Da muß der Arbeiter nun selbst schon entscheiden können, welcher Partei er angehören muß. Gemeinsam für den Verband wirken, muß unsere Parole sein, so schloß er seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede. Darauf wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Aunkirchen. In der am 10. Oktober tagenden Versammlung erstattete der Kassierer Bericht über den Stand der Kasse und die Entwicklung der Zahlstelle seit Gründung derselben. Im 3. Quartal betragen die Einnahmen 2458,25 Mark, die Ausgaben 2349,31 Mark, so daß ein Kassenbestand von 108,94 Mark verblieb. Hervorgehoben sei, daß am 20. Oktober ein Jahr seit Gründung der Zahlstelle verfloßen ist und in dieser Zeit 193 Kollegen unserm Verbands beigefügt wurden. Von den Revisoren wurde diese Tätigkeit sowie die peinlich genaue Führung der Kasse gebührend hervorgehoben. Zum 2. Punkt gab der Vorsitzende einen Bericht über die Statistik: Es beteiligten sich leider nur 70 an derselben, davon 41 Steinhauer und 29 Brucharbeiter. Die Brecher verdienen 2,34 Mark pro Tag bei zehntägiger Arbeitszeit. Der Durchschnittsverdienst der Steinmengen betrug pro Tag 2,16 Mark. Der Höchstlohn war in 167 Tagen 561,40 Mark, der Mindestverdienst in 61 Tagen 132,85 Mark. Die 29 Tagelöhner verdienen in 3003 Tagen 6545,35 Mark. Die Abzüge betragen 228,55 Mark, so daß ein Reinverdienst von 6316,80 Mark, oder ein Durchschnittsverdienst von 2,13 Mark pro Tag verbleibt. Krank waren von den 70 Mann 10 zusammen 33 Wochen. Diese Zahlen beleuchten im grellsten Lichte ein Arbeiterelend, das der Bahrischen Granit-Attiengesellschaft, Regensburg, bedauerlich ist die schwache Teilnahme an der Statistik. Beim 3. Punkt erstattete unser Gauleiter Bericht über den Stand der Lohnbewegungen in Reiten, Blaubeurg und Aunkirchen. Er ermahnte, bis zum 1. Januar 1909 zu warten, an dem der uns versprochene (???) Tarif von der Firma herausgegeben wird. Nach einer recht regen Diskussion wurde beschlossen, dem stattzugeben und unermüdet für den Ausbau unsres Verbandes Sorge zu tragen.

Berlin II. Am 16. Oktober fand in Weissenhof bei Berlin eine öffentliche Marmorarbeiterversammlung statt. Gauleiter Hermann-Köln hielt ein gediegenes Referat über die Notwendigkeit der Organisation. Er schilderte die traurige Lage der Marmorarbeiter und die sanitären Verhältnisse in den einzelnen Marmorwerkstätten. Nur durch ein geeintes Vorgehen können solche Verhältnisse aus der Welt geschafft werden. Der Steinarbeiterverband wäre vor allen Dingen die geeignetste Vertretung für die Interessen der Marmorarbeiter. Die organisierten Kollegen müssen die unorganisierten in jeder Hinsicht aufklären, denn jeder Mann wird gebraucht im proletarischen Befreiungskampfe. Nachdem noch die Delegierten zur Ortskassentasse, sowie zwei Gewerbegerichtsbeisitzer aufgestellt waren, wurde die Versammlung mit einem Schlußwort des Vorsitzenden geschlossen.

Am 21. d. Mts. fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Genosse Udo referierte über die deutsche Revolution. Darauf gab der Kassierer seinen Bericht: Die Einnahme betrug 2973,58 Mark, die Ausgabe 1701 Mark, bleibt Bestand 1272,58 Mark. Mitgliederbestand 214. Unter Gewerkschaftlichem machte der Vorsitzende auf die genaue Ausfüllung der Fragebogen über die sanitären Verhältnisse aufmerksam. In die Agitationskommission wurde an Stelle Dommanns der Kollege Hellmuth Tief gewählt. Für den Kollegen Karl Albrecht, welcher bereits ein Jahr im Krankenzustand liegt, soll eine Sammlung veranstaltet werden.

Fischbach a. Riesengeb. Am 17. Oktober fand in Fischbach bei Gastwirt Scholz eine von den Kollegen aus Fischbach und Rohrlach gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Gauleiter Daubenthaler aus Striegau führte den Kollegen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter und die daraus entspringenden Vorteile für die Arbeiterklasse im allgemeinen und die Notwendigkeit der Organisation der Steinarbeiter im besonderen vor Augen. Welcher Berufsorganisation sich die Steinarbeiter anschließen müssen, sei leicht zu erkennen. In eine christliche Organisation kann heute kein Arbeiter gehen, der nach Besserstellung seiner Lage strebt. Die Girsch-Dunderschen Führer träumen von Harmonie, wo die schärfste Disharmonie und ein gewaltiger Widerstreit der Interessen vorhanden ist. Es bleiben also nur noch die freien Gewerkschaften, die wirklich die Interessen der Arbeiter vertreten und die in ihrem rastlosen Kampfe um Besserstellung der Lebenslage des Arbeiters alle Mittel, die ihnen zu Gebote stehen, anzuwenden. In der Presse wird Kritik geübt an der grenzenlosen Ausbeutung des Arbeiters; die Gesetzgebung soll mobil gemacht werden und auch vor dem letzten Mittel, dem wirtschaftlichen Krieg, schreckt die frei organisierte Arbeiterschaft nicht zurück. Als Verband, der alle diese Bestrebungen auf seine Fahne geschrieben hat, ist der Steinarbeiterverband die einzige wirkliche Berufsorganisation der Steinarbeiter. Der Redner erläuterte die Unterstützungseinrichtungen des Verbands und fordert zum Schluß die Kollegen auf, alle Mann dem Steinarbeiterverband beizutreten, w elcher Aufforderung sämtliche Kollegen nachkamen, so daß nunmehr die Zahlstelle Jannowitz 75 Mitglieder zählt und nur noch Einzelne dem Verbands fernsehen. Es kommt nun darauf an, die Zahlstelle innerlich zu festigen, um sie zu einem unerfüllbarlichen Vorposten im Riesengebirge zu machen.

Einen ungeschönten Auftritt bereitete uns noch der Gastwirt am Schluß der Versammlung. Ihm gefiel die lange Rede nicht, und obwohl er bei der Verhandlung um Herabgabe seines Lokals von einer Entschädigung nicht das geringste sagte, verlangte er nun drei Mark; natürlich nur zu dem Zweck, um uns hinauszugaulen. Der Mann war augenscheinlich von anderer Seite aufgehetzt; oder glaubte er, daß wir in seinem Lokal Pfalmen singen würden? Wir brauchen diesen Gastwirt nicht mehr. Durch den Zusammenschluß der Kollegen stehen uns andre schöne Lokale zur Verfügung, wo wir unsere Interessen ungehindert besprechen können. Den Kollegen aber von Neudorf und Fischbach möge das Auftreten dieses Gastwirts eine Lehre sein, ihr Geld dorthin zu tragen, wo sie gerne gesehen sind, und nicht einem Manne aufzuwringen, der es gar nicht haben will und der ruhig „Herr in seinem Hause“ bleiben soll, wie er sich so geschmackvoll ausdrückte. Die Arbeiter von Neudorf und Fischbach werden seine Haus-herrschaft nicht mehr gefährden.

Freiburg (Baden). Am 23. Oktober fand eine gut besuchte Versammlung statt. Nach dem Platzbericht arbeiten noch 43 Mann hier. Vom Kassierer, Kol. Ig, wurde die Quartalsabrechnung vorgelesen. Diefelbe wurde von den Revisoren für richtig befunden. Daß die Kassenführung richtig ist, wurde auch von dem Gauleiter Braun, welcher in der Versammlung anwesend war und das Kassenbuch nachgesehen hat, bestätigt. Braun hielt hierauf einen interessanten Vortrag über: Arbeiterschutz und dessen Durchführung. Die Bundesratsverordnung läßt hier an der Durchführung auch noch manches zu wünschen übrig. So mußten einige Unternehmer zur Anzeige gebracht werden. Als diese Anzeige durch einen Schutzmann untersucht wurde, kam es mit dem Meister Lorenz Wüst und dem hiesigen Vorsitzenden, Kollegen Wannenmacher, zu heftigen Auseinandersetzungen, welche ein gerichtliches Nachspiel haben, da sich Meister Wüst durch seine gewöhnlichen Schimpfwörter Luft ver-

schaffte. Bemerkte sei noch, daß Kollege Wannenmacher nicht bei Lorenz Wüst arbeitet. Derselbe ist aber in Begleitung des Schutzmannes, welcher Herrn Wüst den Einsender mitteilte, auf dem betreffenden Platz erschienen. In die Kollegen sei noch die Mahnung gerichtet, daß sie mehr Interesse zeigen sollen und die Versammlungen fleißiger besuchen.

Hannover II. Am 18. Oktober fand unsere Monatsversammlung im Heimannschen Lokale statt. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom 3. Quartal, Wahl des Kassierers, Gewerkschaftliches, Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, alle gegenseitigen Reibereien und Standesunterschiede beiseite zu lassen, denn nur geeint können wir uns den Unternehmern gegenüber Achtung verschaffen. Dann gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Es wird noch bekannt gegeben, daß unser Lokal-kassenbestand im ganzen jetzt 326,09 Mk. beträgt. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Dann wurde, da der Kassierer sein Amt niederlegte, der Kollege Künnat für diesen Posten gewählt. Zum Statistiker wurde der Kollege August Richers ernannt. Am Schluß der gut besuchten Versammlung beschwerte sich der Vorsitzende noch über das zu schrofie Auftreten einiger Kollegen. Hoffentlich geloben die Kollegen Besserung.

Osterwald. Am 21. Oktober tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Nachdem der Kartelldelegierte Bericht erstattet hatte, befaßte sich die Versammlung mit der Bildungsfrage. Vom Vorsitzenden wurde der Vorschlag gemacht, Lesende zu veranstalten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, bei jeder Versammlung 1½—2stündige Vorlesungen zu halten. Zunächst gelangt das Werk Arbeit und Kultur von R. Frohne zur Vorlesung. Hoffentlich werden die Versammlungen immer zahlreich besucht, damit der Vorlesende auch laut lesen darf. Im weiteren befaßte sich die Versammlung mit dem Meningschen Streik. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis vom Stande des Meningschen Streiks und ist der Ansicht, daß bei einer andern Handlungsweise des Gauleiters „in der Aussperrung Hannover“ die Sache für uns günstiger gestanden hätte.

Wörth a. Main. Am 18. Oktober fand in Wiebelsbach eine Mitgliederversammlung statt, welche fast vollständig besucht war. Die Versammlungen in Wörth selbst sind infolge der großen Ausdehnung der Zahlstelle immer sehr schlecht besucht, deshalb hat die Ortsverwaltung beschlossen, die Versammlungen außerhalb der Zahlstelle abzuhalten, was sich auch sehr gut bewährt. Gauleiter Lohse referierte über die gegenwärtige Krise in unserem Verufe, besonders in der Sandsteinindustrie im Unter-Maingebiet. Er ermahnte die Kollegen, treu zum Verband zu halten und nicht durch die Unternehmerpolitik sich abschrecken zu lassen. Der Erfolg wird gewiß nicht ausbleiben, indem auch wir einmal in unserem Bezirk zu einem Tarifabschluß kommen. Es wäre jetzt doch zeitgemäß, daß das wilde Affordsystem im Maingebiet verschwinden würde und an dessen Stelle ein geregeltes Lohnsystem treten würde. Ferner wurde noch beschlossen, einen Hilfskassierer anzustellen. Hierzu wurde Kollege Philipp Orth gewählt.

Ziegelanger. Der bekannte Streifbrecheragent Kaspar Buhl aus hiesiger Gegend scheint wieder als Schlingling eines Unternehmers aufzutreten. Der liebenswürdige Landsmann hat nun sein Domizil in Altenhagen I aufgeschlagen, und seine engeren Freunde sind auch um ihn. Aus Altenhagen schrieb Buhl unterm 8. Oktober einem hiesigen Kollegen folgenden Brief:

Lieber Freund!
Ich teile Dir mit, daß ich in Altenhagen bin; es gefällt mir sehr gut. Es können noch mehr Leute kommen. Der Stein ist weich wie Butter. Täglich kann man 9 Mark verdienen. Wenn Du Reisegeld benötigst, 40 Mark werden Dir per Draht sofort überwiesen. Die Hauptsache ist, daß die Arbeitslosigkeit zwei Jahre anhält.
Besten Gruß
Kaspar Buhl.

Viele Grüße senden noch: Wilhelm Buhl und Franz Aug. Die Ubertreibungen Kaspar Buhls sind hier so bekannt, daß sich keiner von den Kollegen einfangen läßt. In seiner Heimat weiß man die Taten des pp. genügend zu würdigen.

Rundschau.

Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie. Im schlesischen Sandsteinbezirk sind in den letzten Tagen enorme Entlassungen vorgekommen. Wie uns gemeldet wird, war dort die Arbeitslosigkeit noch niemals so groß, wie gegenwärtig. Die Steinbrecher bei Niggel in Alt-Warshau wurden größtenteils schon im Sommer entlassen. Wenn es richtig ist, was die Werksführer sagen, so sollen einige Brüche direkt außer Betrieb gestellt werden.

Auch im Heuschauergebiet wurden Entlassungen vorgenommen; außerdem soll die Arbeitszeit verkürzt werden. Die Sägerei in Münschelburg vermag nur sehr schwer ihren vollen Betrieb aufrecht zu erhalten.

In Weucha, bei der Firma Breißer, ist für die nächste Woche verkürzte Arbeitszeit in Aussicht genommen. Die übrigen Betriebe in Weucha sind dagegen flott beschäftigt. Die Granitarbeiter reisen in großer Zahl zu, dadurch ist am besten zu erkennen, daß auch in der Hartsteinindustrie teilweise lauer Geschäftsgang eingetreten ist.

Vom Elblandeingebiet wird uns berichtet, daß auch dort seit Wochen keine Neueinstellungen vorgenommen wurden. Besonders große Arbeitslosigkeit herrscht unter den Dresdner Kollegen.

Wir machen unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß sie die Unternehmer veranlassen, überall verkürzte Arbeitszeiten einzuführen. In der Steinindustrie lassen sich oft sehr leicht Massenentlassungen vermeiden, wenn die Arbeitszeit eingeschränkt wird.

Die „Steinarbeiter-Rundschau“ Nr. 4 für den 9. Gau ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Aus dem Gau Karlsruhe, Bekanntmachungen, Rundschau, Konferenzen, Unterrichtskurse, Statistik. Die Anstellung eines Bezirksleiters. Das Format ist sehr handlich. Hoffentlich zeigen auch die Kollegen im 9. Gau das nötige Interesse und vertiefen sich dementsprechend in den Inhalt.

Das Marmorwerk „Riefer“ in Riefersfelden wird vergrößert. Die nächste Generalversammlung soll beschließen, daß das Aktienkapital um 300 000 Mk. erhöht werden kann. Insbesondere sollen Maschinen neuester Konstruktion angeschafft werden.

Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft Kofstroh in Marktredwitz hat 1907 einen Uberschuß von 213 282 Mk. erzielt. Es werden meistens Steinarbeitungs-maschinen hergestellt. Wie mitgeteilt wird, liegen gegenwärtig sehr umfangreiche Aufträge vor. Das ist auch ein Beweis, wie sich die Maschinenarbeit in der Steinindustrie immer mehr einbürgert.

Bildungsbestrebungen. Der Sozialdemokratische Verein Nürnberg sowie die Gewerkschaften von Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach haben bekanntlich für den Winter eine Reihe Vorträge vorgesehen. Außerdem für die Sonntage einen Unterrichtskursus, der am 1. Oktober begann und bis Ende April dauern wird. Lehrer ist Genosse Dr. phil. Maurenbrecher. Vor-

erst wird das kommunistische Manifest studiert. Vom Gau Nordharn sind 10 Genossen zugelassen, unter denen sich der Lithographiestenarbeiter Boehm-Pappenheim befindet.

Die Bauhschule Herbst (Anhalt) wird gegenwärtig von 300 Studierenden besucht. Bemerkenswert ist, daß sich auch viele Steinmetzen für den Winterkursus gemeldet haben. Wahrscheinlich sind an der Herbstschule bloß vier Kurse eingeführt, während bei den preussischen und sächsischen Anstalten fünf Kurse in Erwägung gezogen sind.

Die Blaublütigen wollen nicht zahlen. Der vom Grafen v. Mirbach im preussischen Herrenhaufe gestellte Antrag, der sich gegen die Einführung einer Nachlasssteuer wendet, ist u. a. unterschrieben von den Herrenhäuslern: Reichstagspräsident Graf von Stolberg-Wernigerode, Fürst zu Salm-Hoftmar, Graf von Tiele-Windler, Graf York von Bartenburg, Freiherr v. Landsberg, Freiherr v. Bodelschwingh, Graf Braschma, Graf v. Koon, sechs Grafen v. d. Schulenburg, Herr v. Buch, v. Bize-witz und v. Wandenburg usw.

Vom Zahlen sind die Bizewitz und Bizenplize niemals Freunde gewesen, und ihre Epigonen sind es noch weniger.

Die Ausfuhr Schwedens 1907. Es wurden für 3 588 000 Kronen un bearbeitete Steine ausgeführt. Wie berichtet wird, geht die Ausfuhr zurück, wahrscheinlich deshalb, weil die Konkurrenz in Deutschland eine immer schärfere wird.

Die amerikanischen Gewerkschaftsführer scheinen immer noch nicht begriffen zu haben, wo der Platz der Arbeiterschaft in den bevorstehenden Wahlkämpfen in den Vereinigten Staaten ist. Während die Sozialisten unter großen Anstrengungen für ihre Kandidaten Debs und Ganford agitieren, fordert Compers die Gewerkschaften auf, für den Kandidaten der südtaatlichen Sklavenhalter, Bryan, einzutreten. Zum Glück nimmt die Erkenntnis der eigenen Klassenlage auch bei den amerikanischen Arbeitern rapide zu und die Weltgeschichte wird schnell genug über diese Petrefakten von „Arbeiterführern“ hinweggehen. Der Einfluß Compers scheint erfreulicherweise immer mehr im Schwinden zu sein.

Durch das vorzeitige Losgehen eines Sprengschusses wurden im Steinbruch Langenohl bei Hagen zwei Arbeiter getötet, drei verletzt. Einer der Getöteten wurde über eine steile Felswand geworfen, der andre 50 Meter weit fortgeschleudert. In dem Steinbruch arbeiteten 30 bis 40 Leute. Diese legten aus Empörung über den gräßlichen Unglücksfall sofort die Arbeit nieder. Die in den Zustand Getretenen sind allerdings nicht organisiert, aber sie sind stark entrüstet, daß die Schießvorschriften so umgangen wurden.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Würzburg (11. Gau). Am 2. November nehme ich an dem sechswohigen Unterrichtskursus teil. Während dieser Zeit erlaube ich alle Verwaltungspersonen unseres Gauess, ihre Selbstständigkeit zu zeigen und den schriftlichen Verkehr auf das Notwendigste zu beschränken. Die Agitation darf vor allen Dingen während dieser Zeit nicht erlahmen. — Alle Briefsendungen sind ab 2. November nach Berlin SO., Engelfufer 15, Gewerkschaftshaus (Unterrichtskurie), an Unterzeichneten zu richten. Bei dringenden Angelegenheiten haben sich die Kollegen an meinen Vertreter, Adam Pfeiffer, Steinweg in Heidingsfeld, zu wenden.

Mannheim. Den Lokalverwaltungen des 8. Gauess hiermit zur gefl. Kenntnisnahme, daß während meines Aufenthaltes in Berlin (Unterrichtskursus) vom 2. November bis 12. Dezember 1908 der Kollege Arnold, Mannheim, Seidenheimer Straße 23, die Geschäfte führt und demzufolge alle Korrespondenzen an diesen zu richten sind. Franz Sarfert, Rheinbäuer Straße 79.

Braunschweig. Die Schleifer Guido Jhle, geb. am 10. September 1883 in Hängesfeld, und Georg Jäger, geb. am 4. November 1883 in Eger, haben beide ihre Interimskarte hier liegen gelassen. Also keine Neuaussellungen vornehmen.

Hans Dobi, Kassierer, Ribbaggshäuser Weg 5.

Meißen I. Emil Krämer hat sein Verbandsbuch (Nr. 28267) verloren. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Franz Görbert, Vorsitzender.

Herdecke. Der Steinweg Heinrich Müller aus Kürnbach mag sofort seine Adresse einfinden. Die Ortsverwaltung.

Berlin. Die Kollegen Anton Kolhaas, zurzeit in Frankfurt a. O., und R. Dittmer, gebürtig aus Potsdam, werden ersucht, sofort ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Norbert Merkle, Berlin O., Dolziger Straße 43, III.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 19. bis mit 24. Oktober.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Krankens- und Erwerbslosensmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrafuher.)

Kaulbach, B. 42.—; Hannover I, B. 23.—; Kupferdreh, B. 57.40, E. 1.50; Kirchberg, B. 52.85, E. 5.25, K. 1.90; Königsberg, B. 32.20, K. 0.60, M. 0.20; Meißen I, B. 119.60, K. 0.55; Lutter, B. 27.—; Seebach, B. 184.—, K. 7.10; Sprinoc, E. 3.—; Wunsiedel, B. 74.34, E. 0.50, K. 6.40; Wunsiedelburg, B. 285.95, E. 1.—; Würzburg, B. 84.50; Diergawitz, Ins. 2.10; Gotha (Granitwerk), Ins. 1.50; Königstein (Müller), B. 3.40; Freiberg, B. 4.50; Bernstorf, B. 3.30; Weichselburg, B. 127.26, E. 0.75, K. 10.90; Strehlen, B. 6.75; Stuttgart, B. 189.—; Sternfels, B. 220.78, E. 0.50, K. 5.90; M. O. 50; Kleinheubach, B. 42.—, K. 10.—; Soof, K. 7.50; Frankens-

stein, B. 53.76, E. 1.50, K. 3.55, M. 0.20; Fehrenbach, B. 38.22, E. 2.50, K. 1.60, M. 4.—; Düsseldorf II, B. 368.—, E. 16.—, M. 7.—; Deringen, K. 5.50, M. 0.50; Krefeld, B. 74.98, K. 0.60, M. 2.—; Chemnitz, B. 368.—, K. 0.05, M. 2.70; Bensheim, B. 69.30, E. 2.—, K. 4.30, M. 1.20, X. 2.—; Bügow, B. 29.90, M. 0.10; Duisburg, B. 89.70, E. 2.—, K. 0.10; Floß, B. 168.—; Hannover II, B. 184.—, E. 6.25, K. 10.—, M. 0.80; Regensburg, B. 9.50, E. 1.—; Poppensweiler, B. 72.22, E. 0.50, K. 0.80; Plauen, B. 111.—; Rößbach, B. 210.—, K. 10.—, M. 1.30; Radoltsell, B. 92.—, E. 1.—, M. 0.20; Sulzfeld, B. 190.—, E. 0.50, K. 5.70, M. 7.—; Solnhofen, B. 29.40, K. 0.60; Eoden, B. 4.80; Traunstein, B. 1.50; Rathenow, B. 1.75; Preuzlau, B. 10.75; Wiesbaden, B. 138.—; Rothenburg, B. 167.50; Geibingsfeld, B. 14.90, K. 0.10; Croitzheim, K. 9.—; Koblenz, B. 36.80, E. 2.—, K. 1.50, M. 0.20; Raffel, B. 75.90, K. 0.60; Hagenau, B. 52.09, E. 0.50, K. 3.—; Hamm, B. 39.56, E. 1.50, K. 2.50; Mittlingen, B. 36.10, K. 1.50, M. 0.20; Kaiserlautern, B. 25.20, K. 3.05, M. 4.—; Ludwigschafen, B. 54.60, E. 1.50, K. 4.60; Lüneburg, B. 90.30, E. 1.—, K. 1.40, M. 1.30, X. 3.—; Meißen II, B. 10.50, E. 3.—, K. 2.80, M. 0.20; Mey, B. 33.02, M. 0.50; Regensburg, B. 132.30, K. 1.30; Rottbus, B. 2.20; Ronnsberg, B. 6.60; Gernsbach, E. 3.25; Rosen, B. 6.90, K. 0.60; Oberlunawitz, B. 41.80, K. 0.05; Neuenstein, B. 21.42, E. 3.25, K. 15.70, M. 3.50; München-Glabach, B. 65.10, K. 1.40; Kirchheim, B. 46.46, E. 2.50, K. 7.80, Ab. 3.60; Gebweiler, B. 55.66, E. 2.—, K. 4.70, X. 1.50; Neufkirchen, B. 8.40, E. 0.50, K. 0.10; Dietzheim, B. 3.30. Ludwig Geist, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Wunsiedel. Vorl.: Franz Berner, Poser Straße 410 1/2.

Duisburg. Kass.: Mathias Gruffin, Duisburg-Dech, Nordstraße 14.

Fehrenbach a. M. Kass.: Joseph Gren.

Lutter a. S. Vorl.: Karl Lauenstein, Ostlutter bei Lutter. **Zweibrücken.** Kass.: Ludwig Klein, Niederauerbach, Friedhofstraße 7.

Baunzen. Kass.: Heinrich Kätsch, Fichtestraße 20, I. **Kaiserlautern.** Kass.: Jos. Kettenbaum, Huberstraße 3. **Regensburg.** Vorl.: Karl Kufner, Werftstraße H. 229 1/2, pt. **Hannover II.** Kass.: Ernst Kühnast, Hannover-Stöcken, Leinbäuer Straße 29.

Frankfurt a. M. Adolf Menges, Friedberger Landstr. 271, pt.

Briefkasten.

Bad Aibling. Der eingelangte Verammlungsbericht besagt um kein Jota mehr, als wie die Notiz unter Streif und Sperren in Nr. 43. — **Fichtelgebirge.** Süße Dich bei der Eingabe auf § 120b der Gewerbeordnung. **Heien Gruf.** — **Frankfurt a. M.** Der gefandte Bericht enthält 11 Zeilen; soll uns da zugemutet werden, dieses Geseiere zu veröffentlichen? Diese oberflächliche Berichterstattung muß endlich aufhören.



Anerkannt sehr leistungsfähig

ist die Weltfirma



Gebrüder Rauh Gräfrath :: bei Solingen ::

Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges. — Versand direkt an Private.

Nachstehende Gegenstände versenden wir **30 Tage zur Probe!**

Jedes Stück wird **einzeln** abgegeben und **franko** versandt.

Neu! Vexir- oder Sicherheits-Portemonnaie „Hubertus“ Gesetlich geschützt.

Jäger auf der Jagd darstellend.



Fest und sicher verschlossen. Kann nur von Eingeweihten geöffnet werden. Von selbst nicht zu erratende Mechanik. Echtes braunes Saffianleder, Lederfutter, 3 Fächer, Bügel fein vernickelt, Innentasche mit Extra-Verschluss.

Nr. 7360.

Preis pro Stück **nur 1.30 Mk.** franko.

Ausführliche Gebrauchs-Anweisung wird jedem Stück beigelegt. Zwei Buchstaben oder ein Monogramm in Golddruck in das Leder gepresst kosten 10 Pfennig, der ganze Name 20 Pfennig.

Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.

Garantieschein:

Nichtgefällende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

Umsonst und portofrei ohne Kaufzwang

Wunsch an jedermann unsern grossen illustrierten **Prachtkatalog** ca. 8000 Gegenstände enthaltend und zwar: Beste Solinger Stahlwaren all. Art, Rasierutensilien, Haarschermaschinen, Haus- u. Küchengeräte, Gartengeräte, Werkzeuge all. Art, Waffen u. Jagdartikel, Fahrräder, Fahrradzubehör u. Sportartikel, Optische Waren, Luxus- u. Geschenkartikel, Uhren, Portemonnaies u. andere Lederwaren, Birstenwaren, Haarschmuck, Seifen u. Parfüms, nützliche Bücher, Pfeifen, Zigarren, Musikinstrumente, Kinderspielwaren aller Art und viele andere Artikel in grösster Auswahl.

Nr. 1604. Dieselbe Uhrkette

wie Nr. 1600, aber statt mit Glücksanhänger mit nebenstehend abgebildetem Medaillon.



nur Mk. 2.— franko.

Herren-Nickel-Uhrkette

Ganze Länge 27 cm., unter Garantie stets weissbleibend, mit Glücksanhänger (Perlmutter-Einlage mit Emaille-Kleeblatt) elegant und modern



zum Preise von nur **1.40 Mk.**

per Stück franko.

Abbildung ca. 1/3, der natürl. Grösse.

Der Weltruf unserer Firma bürgt dafür, dass nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.

Über 5000 lobende Anerkennungs-schreiben bestätigen Güte und Qualität unserer Waren.

So schreibt Herr Vaesen unaufgefordert: Im vergangenen Jahre habe ich von Ihrer Firma für hundert Mark Waren bezogen. Die Sendungen sind stets zur vollsten Zufriedenheit ausgefallen und haben die Gegenstände im Vergleich zu solchen von andern Firmen den Vorzug erhalten. Ich kann nicht umhin, für Ihre prompte Lieferung meinen Dank auszusprechen und werde Ihre Firma überall empfehlen.

Gez. Heinr. Vaesen.

Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis.
Lieferung sofort!

Albert Baumann, Aue im Erzgebirge.
Neuheit!
Gesteinsbohrer-Härte- und Schärföfen.
Bei diesen Öfen kann ein Verbrennen des Bohrstaales nicht stattfinden. Der Bohrstaal behält immer seine Güte.
Wichtig für jeden Bohrbetrieb.
Fabrikation von Härteöfen und Steinmetz-Geschirren.

Spezialhaus für Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jadettis, Rosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Darselstraße 101.

Älteste größte Kinderwagenfabrik
Sachsens und einzige deutsche, welche direkt mit Familien arbeitet u. umsonst buntfarb. Prachtkatalog Ihnen sendet, ist
Julius Tretbar, Grimma 627.

Granit-Maschinenschleifer
die tabellose Arbeit liefern, werden für dauernde Stellung gesucht.
C. Mathias
Erste westpreussische Granit- und Marmorindustrie in Elbing.

Gestorben.
In Chemnitz am 19. Oktober der Kollege **Wilhelm Ribbis**, 33 Jahre alt, an Lungenichwindsucht.
In Raffel am 15. Oktober der Kollege **Karl Thielemann**, 50 Jahre alt, an Herzlähmung.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Kirche, Schule und Volkssolidarität.

Zu „guten Deutschen“ wollen unsere Patrioten und Ordnungspolitiker die Jugend herangebildet wissen; das Kind soll aufwachsen, „erfüllt von der Größe der nationalen Idee“. Sie nehmen für dieses Erziehungswort sowohl die Kirche wie die Schule gleichermaßen in Anspruch. Dem Volke wollen sie „die Religion erhalten“, nicht nur um der „bereinstimmigen ewigen Seligkeit“ willen, sondern zunächst zu dem Zwecke, ihm das beizubringen, was sie „Königstreue“ und „Ordnungsiebe“ nennen.

Dementsprechend will man auch den Charakter der Schule gestalten. Sie soll das bewirken, was wir als „religiöse“ und „patriotische“ Dressur zu bezeichnen haben und was mit dem Begriffe der rein menschlichen Erziehung unvereinbar ist. Die Jugend des Volkes soll so denken lernen, wie es dem herrschenden Sonderinteresse entspricht, was auf eine Beschränkung und Verderbnis des Denkvermögens hinausläuft. In maßgebenden Kreisen besteht die Meinung, dem Religionsunterricht in der Schule einen noch breiteren Raum zu gewähren, als seither schon. Und wenn's der patriotischen Minderheit nachginge, so wäre jeder junge Mensch bis mindestens zum 20. Jahre verpflichtet, sich religiöse Unterweisungen gefallen zu lassen, um bewahrt zu bleiben vor dem „Gifte der Umsturzideen“.

Unsre reaktionären Volkserziehungsreformer sind eben unfähig, die lebendige Macht der Tatsachen zu begreifen, und sie haben nichts gelernt von dem Geistesheroen der Vergangenheit, die sich mit dem Verhältnis der Religion und der Schule zur Idee der Nationalität beschäftigt haben. Einen glühenderen Patrioten im besten Sinne des Wortes als Johann Gottlieb Fichte hat das deutsche Volk wohl kaum jemals aufzuweisen gehabt. Auch dieser Denker wollte, daß „sich das Volk ermannet“, aber nicht gegen, sondern für den Fortschritt. Auch er trat in seinen Reden an die deutsche Nation vor nun hundert Jahren für eine nationale Erziehung ein. Aber wie sollte diese beschaffen sein? In ihr sollte der Unterschied der Stände völlig aufgehoben sein und verschwinden. Das war für Fichte erste Voraussetzung wahrer Nationalerziehung.

„Wir wollen“, sagt er, „durch die eine Erziehung die Deutschen zu einer Gesamtheit bilden, die in all ihren Gliedern getrieben und belebt wird durch dieselbe eine Angelegenheit. So wir aber etwa hierbei abermal einen „gebildeten“ Stand absondern wollten von einem „ungebildeten“, so würde dieser letztere von uns abfallen und uns verloren gehen.“ Fichte wollte die Gleichheit der Erziehung, nicht eine solche, die dem Hochmut, der Annahmung der herrschenden Klassen und Stände Rechnung trägt und sie den armen, unterdrückten, vernachlässigten Plebejern gegenüberstellt. Und nicht sollte nach ihm die Erziehung ein Mittel zur „religiösen“ und „patriotischen“ Verherrlichung des Volkseigens sein, sondern eine „höhere und besonnene Kunst, einen festen und unerschütterlichen Willen im Menschen zu bilden“. Die Erziehung zur wahren Religion ist ihm sittliche und ethische Kultur.

„Dagegen soll die Religion der alten Zeit, die offenbar eine Dienerin der Selbstsucht war, allerdings mit der alten Zeit zugleich zu Grabe getragen werden; denn in der neuen Zeit bricht die Einigkeit nicht erst jenseits des Grabes an, sondern sie kommt ihr mitten in ihre Gegenwart hinein; die Selbstsucht ist aber sowohl des Regiments wie des Dienstes entlassen und zieht demnach auch ihre Dienerschaft mit ihr ab.“ Volkssolidarität auf dem sicheren Grunde der Gleichheit und Freiheit, das war Fichtes Erziehungsideal. Er stimmte darin mit Pestalozzi überein. Schon zu jener Zeit verstand man sich auf die Phrase, daß sich der Staat um die Erhaltung der Religion bemühen, sich die „religiöse Erziehung des Volkes“ angelegen sein lassen müsse. Ueber die Resultate dieser Erziehung urteilt Pestalozzi:

„Ein Mann wird ein Narr und redet Unfuss, wie ihn die Erde noch nicht gehört hat; Völker fallen vor ihm auf

die Knie, bauen ihm Altäre und werden fromm, gehorsam bei der Anbetung des Kalbes oder des Teufels. Ewig sagt der Mensch, der mächtig und tierisch zugleich ist, zu der Schwäche seines Geschlechts: Du bist um meinetwillen da; und spielt dann über die gereihten Saiten des selben, wie über gereichte Saiten des Hackbrettes; was achtet er des Springens der Saiten, es sind ja nur Saiten. Ja, es sind Menschen! Und diese werden in der namenlosen Erniedrigung eines rechtlosen Dienstes wie die Pfoten an den Klauen des Bären; sie wissen gar nicht, was das murrende Tier will . . .

„Die Religion muß die Sache der Sittlichkeit sein; als Sache der Macht ist sie in ihrem Wesen nicht Religion, und das Finanzgeschrei der durch ihre philosophischen Irrtümer bankrott gewordenen Staatskünstler, daß wir wieder zur Religiosität zurückgestimmt werden müssen, dieses Geschrei wird uns weder zur Religion, noch zur Sittlichkeit, noch irgendwohin bringen. Als Dienerin der Staatsmacht ist die Religion Mutter königlicher Mönchsnummern und mönchlicher Königsmummereien, selten Dienerin des gesellschaftlichen Rechts, allgemeine Gebamme des Unrechts und der Macht. Als Wert des Staates ist sie Betrug!“

Was hat die Schule, was hat die Volkserziehung bis jetzt von diesen Wahrheiten profitiert? Leider noch nichts; sie steht immer noch in schärfstem Gegensatz zu denselben. Ist doch der ganze Charakter und die ganze Organisation bewusstlos geradezu darauf gerichtet, die Entwicklung der Idee der Volkssolidarität zu verhindern, die Klassen- und Standesherrschaft in sozialer wie in wirtschaftlicher und politischer Beziehung aufrecht zu erhalten. Die höhere Schulbildung verfolgt den Zweck, zur Wahrung des Sonderinteresses und zur Beherrschung der Massen zu befähigen, während der Volksschule die Aufgabe zugewiesen wird, den großen Haufen zur Untermüßigkeit abzurichten. Mit religiösen, patriotischen und byzantinischen Phrasen dekoriert man dieses System. Im Gewande solcher Phrasen feiert die überkündete Brutalität, die Unwahrheit, die Selbstsucht, die Hochmutstollheit ihre Triumphe. Und weil herrschende Stände und privilegierte Klassen in allen 26 deutschen Vaterländern an dieser „Erziehung“ ein gemeinsames Interesse haben — deshalb nennt man sie „nationale Erziehung“, wie jene Elemente ihren eigenen Geist als den „nationalen Geist“ und ihre Bedürfnisse als „nationale Bedürfnisse“ auszugeben pflegen.

Neben ihrer ersten hat die Sache auch eine komische Seite. Alle Konfessionen sollen gemeinsam mitarbeiten an der „nationalen Erziehung“. Ganz abgesehen von der Unfruchtbarkeit der Religion in nationalen Fragen an und für sich, erweist sie sich unter dem konfessionellen Zwange als eines der größten Hindernisse für die Entwicklung der Idee der Volkssolidarität. Als feindliche Heeresfronten die Konfessionen und Setzen einander gegenüber. Immerfort bietet der konfessionelle Kriegerhaupplatz ein sehr bewegtes Bild. Sei, wie sich die frommen Patrioten da einander ihre Heilwahrheiten um die Ohren schlagen! Auf der einen Seite die „protestantische Orthodorie“ — auf der andern Seite die „Leibgarde des Papstes“. Beide Richtungen, die protestantische Orthodorie wie der Ultramontanismus, beanspruchen die „religiöse Schule“ für ihre Sonderinteressenpolitik. Beide bilden im Innersten ihrer Ideen und Bestrebungen einen unversöhnlichen Gegensatz, wie sehr sie auch gelegentlich ihre „Interessengemeinschaft in gewissen Fragen“, die doch lediglich Fragen der Taktik sind, hervorheben. Man spricht von einem „katholischen Volk“ und einem „protestantischen Volk“. Wie bei dem konfessionellen Sader der „nationale Gedanke“ gewinnen kann, ist uns unerfindlich, wo man die Stellung zur „nationalen Idee“ abhängig macht von der Befriedigung konfessioneller Präntationen. Nichts ist mit dieser Idee unvereinbarer als der Unfuss, religiöse Dogmen mit ihr zu verquicken, die einen Teil des Volkes in feindliche Lager spalten.

Weder von Seiten der herrschenden Klassen und Stände im allgemeinen, noch von der Kirche und von der Schule in ihrem heutigen Wesen im besonderen ist für die Volkssolidarität etwas zu erwarten. Es gibt nur ein Element, das berufen ist, diese Solidarität nach den Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit herzustellen — und das ist die Sozialdemokratie.

Der Bau-Strohmann.

Das Gebaren der Bauhandwerker in Groß- und Kleinstädten hat für die kleinen Handwerksmeister und auch für die Arbeiter schon ungeheure Nachteile geseigt. Tugend ein Lumpazius, der sein Vermögen aus Grundstückspekulationen gewonnen hat, fängt nun an Schwindelbauten aufzuführen. Als Ziel wird ins Auge gefaßt, am Baueu möglichst viel zu verdienen. Um dieses zu erreichen, müssen die Handwerksmeister und die Arbeiter um einen Teil ihres verdienten Lohnes geprellt werden. Der Lumpazius in Folge, der wirklich ein ansehnliches Kapital besitzt, nimmt sich einen Strohhmann, der den Bauherrn zu markieren hat, und nun geht er in der skrupellossten Weise daran, die Betrügereien zu organisieren.

Das „Leipziger Tageblatt“ hat soeben einen solchen Schwindelvertrag veröffentlicht, der selbstverständlich durch und durch ungeheuerlich ist. Der schamlose Vertrag lautet:

„Zwischen 1. Herrn Paul Kuli in Leipzig, 2. Herrn August Plagmann in Leipzig, 3. Herrn Ernst Bürger in Leipzig wurde folgender Vertrag geschlossen:

Das bisher Herr Bauunternehmer Strohhmann I in Leipzig gehörige Grundstück Blatt... des Grundbuchs für Leipzig ist vom Kgl. Amtsgericht Leipzig zwangsweise versteigert worden. Erstanden hat es Herr Paul Kuli in Leipzig-Gohlis. Dieser hat dabei lediglich auf Grund einer Vereinbarung mit den übrigen Vertragschließenden gehandelt. Diese haben sich nämlich zu dem Zwecke vereinigt, den auf dem Grundstück von Herrn Strohhmann I begonnenen Neubau fertigzustellen, zu vermieten und zu verwerten. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Beteiligten sollen wie folgt sich bestimmen:

Herr Kuli verpflichtet sich, seinen Namen zur Fertigstellung, Vermietung und Verwertung des Grundstücks herzugeben. Er ist damit einverstanden, daß sämtliche Werkverträge mit den Bauleistern, sämtliche Mietverträge mit den künftigen Mietern des Grundstücks und auch der Kauf-, Tausch- oder sonstige Verwertungsverträge mit künftigen Erwerbern desselben auf seinen Namen abgeschlossen werden. Er ist auch damit einverstanden, daß Hypotheken in beliebiger Höhe auf das Grundstück in seinem Namen aufgenommen werden. Er verpflichtet sich, alles zum Abschluß der Verträge mit den Bauleistern, Mietern, Hypothekariern, Käufern usw. Nötige auch seinerseits zu tun, insbesondere, wenn erforderlich, mit den einzelnen Persönlichkeiten selbst zu verhandeln und alle auf das Grundstück bezüglichen Schriftstücke, die ihm von Herrn Plagmann oder von Herrn Bürger vorgelegt werden, zu vollziehen, eventuell auch in der nötigen Form.

Herr Kuli verpflichtet sich weiter, allen Behörden gegenüber als Grundstückseigentümer aufzutreten und mit diesen allenfalls die nötigen Verhandlungen zu pflegen. Er verpflichtet sich, alles, was in bezug auf das Grundstück zu seiner Kenntnis gelangt, den Herren Plagmann und Bürger unverszüglich mitzuteilen.

Herr Kuli gibt dem Herrn Bürger umfassende Generalvollmacht, so daß dieser in allen das Grundstück betreffenden Angelegenheiten unabhängig von ihm vorgehen und handeln kann. Er verpflichtet sich ausdrücklich, diese Generalvollmacht nicht eher, als das Grundstück verkauft sein wird, zurückzuziehen und verzichtet ausdrücklich hiermit auf eine frühere Rücknahme der Vollmacht.

Herr Kuli erklärt sich von vornherein damit einverstanden, daß Herr Bürger das von Herr Schulze zugelegte Baugeld abholt. Er verpflichtet sich, zu diesem Zwecke eine größere Anzahl Blankoaktze auszufüllen. Weiter erklärt sich Herr Kuli damit einverstanden, daß die Herren Plagmann und Bürger über das Baugeld verfügen. Herr Kuli ermächtigt die Herren Plagmann und Bürger auch, auf dem Grundstück den von Strohhmann I angefangenen Neubau fertigzustellen und zu diesem Zwecke Werkverträge mit den Bauleistern nach ihrem Belieben abzuschließen, auch das Grundstück zu vermieten und zu veräußern, sowie auf das Eigentum an demselben zu verzichten.

Herr Kuli entsagt ausdrücklich dem Rechte, selbst Werkverträge oder irgendwelche andre, auf das Grundstück bezügliche Verträge abzuschließen oder Wechsel zu akzeptieren, auszufüllen

Das Pflasterergewerbe auf der Münchner Ausstellung.

In der Steinseherzeitung schreibt Genosse A. Knoll darüber folgendes:

Wollte man die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Zukunft des Steinsehergewerbes nach dem beurteilen, was die übergroße Mehrzahl der Unternehmer desselben im Interesse der Zukunft ihres Gewerbes tut — dann stände es wahrlich schlecht um diese Zukunft. Gerade wenn man nicht ein begeisterter Anhänger des heutigen Wirtschaftssystems ist, muß man zugeben, daß im Kampfe aller gegen alle, wie ihn die privatkapitalistische Wirtschaftsweise bedingt, es bis zu einem gewissen Grade notwendig ist, daß sich die einzelnen Gewerbe und Unternehmungen zur Geltung zu bringen suchen, daß dieselben zeigen, „daß sie da sind“ und was sie zu leisten vermögen: sie müssen „Reklame“ für sich machen.

Damit wollen wir keineswegs gesagt haben, daß wir etwa Freunde einer Art der Reklame wären, die sich dem verehrten Publikum um jeden Preis, selbst um den Preis der Wahrheit, aufdrängen möchte.

Aber wir sagten schon eingangs dieses Artikels: Wollte man die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Zukunft des Steinsehergewerbes nach dem beurteilen, was die übergroße Mehrzahl der Unternehmer im Interesse desselben tun — es stünde wahrlich schlecht um diese Zukunft! Diese Herren tun nämlich absolut gar nichts. Die Unternehmer des Steinsehergewerbes warten auch heute noch wie vor zwanzig, vor hundert und zweihundert Jahren, da sie noch wohlbestallte „Stadtmeister“ waren, auf die Arbeit, die ihnen ins Haus gebracht wird! Wenn es dabei nicht so geht, wie sie es von früher her gewöhnt sind, dann kommt man mal gelegentlich bei einer Festtafel zusammen, schimpft über das Submissionswesen, verlanzt vom Vater Staat, daß er „den Mittelstand schützen soll“, sündemalen dieser Mittelstand „das festeste Bollwerk gegen den Umsturz“ ist und dann geht man wieder nach Hause — und wartet wieder, bis einem neue Arbeit ins Haus gebracht wird.

Damit wäre eigentlich alles gesagt, was über das Pflaster- und Steinsehergewerbe auf der diesjährigen Münchener Ausstellung zu sagen wäre. Auch die Herren Münchener Pflasterer-

meister, die sich ja wohl zusammenfinden, wenn es heißt, sich gegen die „unberechtigten Ansprüche“ der Arbeiter zu wehren, haben es in diesem Jahre so wenig wie früher für nötig gehalten, dem Lande einen Beweis ihres Könnens und ihrer Leistungsfähigkeit zu geben, genau wie im vorigen Jahre die Nürnberger Unternehmer und wie früher die Dresdener. Hätte nicht die bekannte Granitfirma Gebrüder Kerber-Hausenberg die Ausstellung benutzt, um ihre uns von früher schon vorteilhaft bekannten Erzeugnisse auszustellen — und hätte nicht das Münchener Stadtbauamt eine sehr gute Kollektion Straßenbau ausgestellt — dann müßten die Besucher der Münchener Ausstellung zu dem Schluß gelangen, daß es im Lande Bayern so etwas wie Straßenbau und Pflasterkunst überhaupt nicht gibt!

Die Passivität der Herren Pflasterermeister wäre vielleicht noch zu verstehen — aber noch lange nicht zu entschuldigen — wenn sie es nicht nötig hätten, sich zu rühren. Aber so liegen die Dinge doch nicht. Im Gegenteil, man hätte es recht dringend nötig, sich einmal aufzuraffen und in die Arena des wirtschaftlichen und technischen Wettbewerbs herabzusteigen. Zwei verschiedene Faktoren sind es, die das gebieterisch fordern und zwar je ein negativer und ein positiver. Der negative Faktor ist die immer härter aufstrebende Konkurrenz der rivalisierenden Pflasterarten, und der positive die Krise, vor die infolge der Entwicklung des modernen Verkehrsnetzes und der Verkehrsmittel, insbesondere des Automobils, der Straßenbau heute gestellt ist. Hier sei nur erwähnt, daß die Lösung der Krise sehr wahrscheinlich in einem dem Steinsehergewerbe günstigen Sinne vor sich gehen wird; zum mindesten sollten die Interessenten die Lösung in diesem Sinne zu beeinflussen suchen: die Chancen des Erfolges haben sie für sich.

Alles das aber scheint der übergroßen Mehrzahl der Herren Steinseher- und Pflasterermeister vollständig gleichgültig oder unbekannt zu sein; diese Herren leben in den Tag hinein und lassen den lieben Gott einen guten Mann sein. Wenn also das Steinsehergewerbe bei der Verteilung des Wirtschaftsmarktes der Zukunft nicht besonders günstig abschneiden sollte, dann haben die Unternehmer wahrlich keine Ursache, sich darüber zu beklagen: Sie selbst haben ja nicht das Geringste dazu getan, den Rückgang abzuwehren oder den Fortschritt zu beschleunigen!

Nun zu den Ausstellungsobjekten selbst. Wir sagten schon, daß die Firma Gebr. Kerber-Büchberg und das Stadtbauamt

München auf der Ausstellung vertreten seien. Erstgenannte hat auf dem Hauptplatze der Ausstellung aus von ihr geliefertem Material ein Rondel aus gemauertem Mosaikpflaster für Fußgängerverkehr herstellen lassen. Dasselbe wirkt auch in seiner Gesamtlage sehr gut.

Gutes können wir auch über die vom Münchener Stadtbauamt ausgestellte Kollektion berichten. Da ist zunächst ein Modell einer ganzen Straßenanlage in ein Drittel natürlicher Größe, mit allem, was über und unter der Erde — oder richtiger unter der Straßendecke — liegt. Und das letztere ist wahrlich nicht das wenigste! Es gehört ja zum ständigen Repertoire des in allen Fragen selbstverständlichen „fachverständigen“ Spielers, der darin gewöhnlich noch von seinem Leiborgan unterstützt wird, über die „ewige Buhlei“ in den Straßen der Großstädte zu schimpfen — und wenn man seinem „fachkundigen“ Räte folgen wollte, würde das natürlich ganz anders sein. Wenn man aber an folchem der Wirklichkeit nachgebildeten Modell — auch in Dresden waren solche ausgestellt — sieht, was das alles im Untergrunde der Straße eingebettet ist, welches Arsenal von Röhren, Leitungen usw. sich da auf engem Raume vereinigt, dann kann man sich nur wundern — daß nicht noch viel mehr „gebuddelt“ wird. Da liegen zunächst Wasser- und Gasleitungen; dann Kanalisationsleitungen: Hauptkanal und Anschlußkanal nebst Anschlußleitungen nach den einzelnen Grundstücken; weiter Kabelleitungen für Telegraph, Telephon, elektrische Licht- und Kraftübertragung und was sonst noch alles.

Uns interessiert natürlich am meisten, was auf der Straße liegt. Das ausgestellte Modell enthält auch doppeltes Straßenbahngleise. Die eine Hälfte der Straße ist mit Granitwürfeln in Diagonalreihen gepflastert, die andre Hälfte mit Holzplaster. Die Miniatur-Granitwürfel und Fünfecke für die Seitenanschlüsse („Schwefelsköpfe“, „Bischöfsmützen“, wie sie vulgär genannt werden) sind außerordentlich sauber gearbeitet. Das ganze Modell ist auch für Laien sehr interessant und bietet denselben einen guten Anschauungsunterricht auf dem Gebiete des Straßenbaues, der Straßenbeleuchtung, der Versorgung der Städte mit Wasser und Licht und der Entfernung der Abwässer, sowie der Instandhaltung aller dieser Einrichtungen. Zugleich hat die genannte Stadtverwaltung sich auch bemüht, durch Anhängung einer Anzahl graphischer Tabellen dem Laien klar zu machen, welche Kosten die Pflasterung und Unterhaltung der

und zu girieren. Die Beteiligten sind sich vielmehr darüber ein-
verstanden, daß Herr Kuli nur seinen Namen zur Fertigstellung,
Bermietung und Verwertung des Grundstücks hergibt, weiter
nichts.

Dafür verpflichtet sich Herr Bürger, dem Herrn Kuli von
dem zu erhebenden Baugelde während der Bauzeit wöchentlich
40 Mark vom Tage der Wiederaufnahme des Neubaus an zu
zahlen. Weiter soll Herr Kuli bei einer Verwertung des Grund-
stücks am Gewinne zu einem Viertel beteiligt sein. Irgendein
andres Recht steht dem Herrn Kuli weder gegenüber den Be-
teiligten, noch an dem Grundstück zu.

Sollte Herr Kuli irgendwie seinen in diesem Vertrage über-
nommenen Pflichten entgegenhandeln, so soll er ohne weiteres
seines Anspruchs auf die Wochenrente von 40 Mark und den
Gewinnanteil verlustig sein.

Herr Kuli erkennt an, daß Herr Platzmann dem Herrn
Strohmann I zum Ausführen des Baues bis zur Zwangsver-
steigerung schon bereits größere Beträge gegeben, er übernimmt
diese Verbindlichkeiten auch seinerseits selbstschuldnerisch und
stellt darüber Aktepte aus.

Weiter erkennt Herr Kuli an, daß ihm von den Herren
Platzmann und Bürger zur Erhaltung des Grundstücks und zur
Fertigstellung bis zur ersten Baufälligkeit bereits größere Beträge
geliehen worden sind. Auch über diese Beträge verpflichtet sich
Herr Kuli Aktepte auszustellen.

Die Verpflichtungen, die Herr Kuli im vorstehenden Ver-
trage gegenüber den Herren Platzmann und Bürger eingegan-
gen ist, haben unter den Beteiligten, wie hiermit vereinbart
wird, einen Wert von 25 000 Mark. Herr Kuli verpflichtet sich
nun, im Einverständnis mit den Beteiligten diese 25 000 Mark
als Darlehen zu schulden und wegen dieser Darlehensschuld sei-
nen genannten Gläubigern Platzmann und Bürger eine Hypo-
thek an dem Grundstück einzuräumen. Im Grundbuche soll
diese Hypothek auf die Herren Platzmann und Bürger je zur
 Hälfte eingetragen werden.

Herr Bürger verpflichtet sich, über das abgehobene Baugeld
nur mit Zustimmung des Herrn Platzmann zu verfügen.

Von dem bei einer späteren Verwertung des Grundstücks
erzielten Gewinne soll ein Viertel der Herr Kuli, den Rest die
Herren Platzmann und Bürger erhalten.

Das Verdienst des p. p. Kuli besteht darin, daß er seinen
„werten“ Namen hergibt, damit die Handwerkerleute auch rich-
tig eingeseift werden können. Auf Kulis Namen werden
enorme Bauschulden gemacht, trotzdem dieses Subjekt niemals
in der Lage ist, jemals ans Bezahlen zu denken. Der Vertrag
zeigt so recht die Gewissenlosigkeit unsres modernen Baupetu-
lantentums. Dem Vertrag fehlt nur eins, nämlich, wieviel Eide
Herr Kuli seinen Komplizen noch zu leisten hat.

Der Steinmetzmeisterverband

hielt am 14. September in Leipzig im Hotel Zum Palmbaum
seine 23. Hauptversammlung ab. Die Begrüßungsrede sprach
Herr Obermeister Günther; als Vorsitzender amtierte Herr Ober-
meister Dittmer-Berlin. Die zwei größten Korympheän unter den
Steinmetzmeistern machten sich also schon bei Beginn der Verhand-
lungen recht bemerkbar. Den Geschäftsbericht gab der „An-
gestellte“ des Verbandes, Herr Düßler. Er bemerkte, daß
1908 nur 22 Streiks geführt wurden, 1907 wurden dagegen 170
Verbandsgeschäfte durch Arbeiterkämpfe betroffen. Die meisten
Angriffe hatten die Marmor- und Granitindustriellen zu erdul-
den. Scharf gerügt wurde ein Verbot der holländischen Regie-
rung, daß aus Deutschland keine fertigen Sandsteinwerkstücke
mehr eingeführt werden dürfen. Die weitdeutschen Unternehmer
werden dadurch enorm geschädigt. Er (Düßler) machte bei den
Behörden über 100 Eingaben, die dahin zielten, daß bei Submis-
sionen die Steinmetzarbeiten getrennt von den Maurerarbeiten
ausgeschrieben werden.

Herr Reimer-Hamburg hat zwar an dem Bericht nichts
auszusetzen, er wünscht aber, daß in Zukunft der Geschäfts-
bericht gedruckt werden möge, damit jeder Steinmetzmeister einen
Ueberblick über den Verband erhält.

In den Vorstand wurden wieder entsendet: Reimer-Ham-
burg, Laug-Leipzig, Wandrey-Striegau. Zum erstenmal tritt in
diese Institution Kerber-Wüchberg ein.

In das Schiedsgericht wurden delegiert: Reimer, Wandrey,
Schäbler-Schwarzenbach, Hempel-Dresden, Burrer-Maulbronn
und Kröner-Riefersfelden.

Dann referierte der Herr Obermeister Reimer über den dies-
jährigen Zustand der Sandstein- und Marmorarbeiter in Ham-
burg. Er führte aus:

Von den Steinmetzen sei eine Erhöhung des Stundenlohnes
von 0,85 Mk. auf 1 Mk., für Marmorhauer von 0,65 auf 0,75 Mk.,
für Schleifer von 0,55 auf 0,60 Mk. bei Abschaffung jeglicher
Affordarbeit und Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden
für Steinmetzen und 8½ Stunden für Marmorarbeiter gefordert.
Da die Arbeitgeber auf diese Forderung nicht eingehen konnten,
wurde die Arbeit am 3. April d. J. von den Arbeitnehmern ein-
gestellt. Eine Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte erst, als die
vereinigten Baugewerke von Hamburg und Umgebung den Ent-
schluß faßten, am 13. Mai d. J. eine Stilllegung aller Baubetriebe
erfolgen zu lassen. Es wurde ein bis 31. März 1910 geltender

Tarif abgeschlossen und ein Stundenlohnfuß von 0,90 Mk. für
Verfasserarbeiten bewilligt. Die Inhaber von Steinmetzgeschäften
verpflichteten sich, an sämtliche Baubehörden das Ersuchen zu
richten, das Zugeständnis der Arbeitgeber auch für die staatlichen
Regiearbeiten im Tagelohn anzuerkennen. Sobald diese Zusage
erteilt ist, soll der Stundenlohnfuß für alle Steinmetzgehilfen auf
0,90 Mk. festgesetzt werden. Die Marmorhauer erhalten einen
Stundenlohn von 0,70 Mk., die Marmorhauer erhalten einen
Stundenlohn von 0,58 Mk. Die Affordarbeit bleibt bestehen. Die Nützlichkeit
der Streik- und Sperrklausel in den Verträgen hat sich bei dem
Hamburger Streik wieder einmal auf das deutliche gezeigt.

Offentlich setzen die Unternehmer bei den Baubehörden nun-
mehr den nötigen Druck dahinter, daß der 90-Pfg.-Stundenlohn
auch anerkannt wird.

Auch Burrer spricht über seinen Distrikt. Große Heiter-
keit erregte es, als er bombastisch ausrief, „er hätte in seinen
Betrieben mit vier Arbeiterorganisationen zu rechnen“.

Herr Schäbler-Schwarzenbach meinte, daß die Berichte
der Handelskammer zu rosig gefärbt seien. Nach unserm Wissen
fassen aber diese Berichte die Unternehmer selbst ab. Herr
Kerber schlägt vor, eine Tariffammlung anzulegen, aus in-
formatorischen Gründen sei dieses sehr zweckmäßig.

In eingehender Weise bespricht Spitzbarth die Berufs-
verhältnisse in Dresden. Gegen frühere Jahre seien im dortigen
Bezirk kaum 25 Prozent der Steinmetzen beschäftigt.

Beachtenswerte Ausführungen machte insbesondere Herr
Schäbler noch. Ein Einheitsstarif für die deutschen Granit-
schleifereien müsse geschaffen werden, die Preise können örtlich
verschieden sein. Schäbler erklärte sich bereit, den Fichtelgebirgs-
tarif einer Kommission zu überweisen, damit die nötigen Vor-
arbeiten getroffen werden können.

Diese vernünftigen Äußerungen lockten zwei Schleifstein-
dreher auf den Plan.

Arnold-Keitshausen teilt mit, daß in den Sandstein-
bruchbetrieben des Maintals für einheitliche Tarife ein Be-
dürfnis nicht vorliege und dafür auch keine Meinung vorhanden
sei.

Röder-Randersacker erklärt, daß die Müchelschulden-
bestände die Einführung des Einheitsstarifs — zurzeit (!) ab-
lehnen. Andre Herren aus der Würzburger Gegend schlossen sich
dieser Weisheit an.

Den Rednern aus dem Würzburger Gebiet müssen milde-
rnde Umstände zugebilligt werden, denn in ihrem Gehirn kann
sich nur der eine Gedanke placieren: „Wir wollen mit den Ar-
beitern nix z tun hoabn.“ Die Großväter dieser Herren ver-
zapften schon dieselbe Weisheit. Der Einheitsstarif, bedingt durch
die wirtschaftlichen Interessen, kommt, auch wenn nach Arnolds
Speech im Maingebiet eine Meinung dafür nicht vorhanden ist.
Wir möchten allerdings bemerken, daß Arnold sich über den
Wert des Einheitsstarifs noch gar nicht klar sein kann. Wenn im
Maingebiet die Einigkeit der Steinarbeiter wieder eine größere
Wird, dann kommen auch die Unternehmer am ehesten zu Ver-
stände. Wir verweisen darauf, wie abfällig der Würzburger
Gewerbeinspektor das wilde Affordsystem in den Steinbrüchen
kritisierte. Allerdings, diese Ausbeutungsmethode wollen die
Unternehmer nicht „ohne Not“ fahren lassen.

Ueber die Streikklausele referierte abermals Reimer.
Er nahm auf die Hamburger Verhältnisse Bezug und konstatierte
mit großer Freude, daß die Unternehmer nachstehende Streik-
und Sperrklausel durchgedrückt hätten:

Nach den maßgebenden Vorschriften des Bürgerlichen Ge-
setzbuches § 339 Satz 1 in Verbindung mit §§ 285 und 276
Uf. 1 ist die Verhaftungsstrafe vermerkt, wenn der Uebernehmer
in Verzug kommt. Dagegen verfällt die Strafe nicht, wenn
und soweit der Uebernehmer durch einen von ihm nicht zu ver-
tretenden Umstand an der Erfüllung oder an der rechtzeitigen
Erfüllung gehindert wird. Insbesondere kann der Ueber-
nehmer für eine durch Arbeitslosigkeit oder Arbeitsverhinder-
nisse verursachte Nichterfüllung oder nicht rechtzeitige Erfüllung
der übernommenen Verbindlichkeiten nicht verantwortlich ge-
macht werden, wenn ihm eine Verletzung der im Verkehr er-
forderlichen Sorgfalt nicht zur Last fällt.

Reimer meinte, die Steinmetzmeister müßten alles daran-
setzen, damit diese Klausel in ganz Deutschland Anerkennung
finde.

Ein Herr Stiefel aus Berlin referierte über das Thema
Arbeitskammern, wobei er folgende Resolution vorlegte:

Der Verband deutscher Steinmetzgeschäfte hat in seiner
Hauptversammlung am 14. September 1908 einstimmig er-
kannt, daß der Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern
weder für die Pflege des wirtschaftlichen Friedens noch zur
Förderung der gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen
Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geeignet ist, daß
vielmehr sich die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeit-
nehmer nur verschärfen müßten und daß durch einen zweck-
entsprechenden Ausbau der Gewerbeämter, welche für den
sozialen Frieden Hervorragendes geleistet haben, die Erfüllung
des Kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890 in besserer
Weise herbeigeführt werden kann.

Dem Herrn Direktor Stiefel kann das Lob ausgesprochen
werden, daß er von seinem Thema das geringste verstand.

Straßen dem Stadtfußel verursacht und zwar für den Zeitraum
von 20 Jahren. Es sind Millionen, die da im Laufe der Jahre
„auf die Straße geworfen“ werden. Und da möchten wir bei
dieser Gelegenheit gleich auf eine Tatsache hinweisen, die für
die Münchener Kollegen von der allergrößten praktischen Bedeu-
tung ist: Nach dem vom Stadtbauamt München aufgestellten
Plane nämlich werden sich vom Jahre 1915 ab die Aufwenden-
gen für Pflasterung und Unterhalt der Straßen ganz enorm
vermindern. Im Jahre 1915 werden diese Kosten ihren Höhe-
punkt mit ca. 1½ Millionen erreichen, um dann ganz un-
ermittelt auf 400 000 Mark, also um über zwei Drittel zu fallen.
Es dürfte dann namentlich für unsre bei den Privatunterneh-
mern beschäftigten Kollegen eine äußerst saure Arbeitsperiode
eintreten, die vorausichtlich von Dauer sein wird. Die Münche-
ner Kollegen tun gut, sich bei Zeiten darauf einzurichten.

Auch die Entwicklung des Straßenbahngleisbaues wird uns
in der Ausstellung vor Augen geführt. Vergleicht man da die
ersten Anfänge, als noch die Schienen auf hölzernen Lang-
schwellen montiert wurden, mit dem heute fast allgemein einge-
führten System, so beschleicht uns als Kostgänger des Stein-
sehergewerbes fast ein Gefühl wehmütiger Sehnsucht an die nun
längst entschwundenen Tage der ewigen Straßenbahngleis-
pflasterreparaturen. . . Diese Ausstellungsgruppe lehrt zugleich,
wie es doch stets verhältnismäßig recht lange dauert, ehe das
Einfachste und Naheliegendste sich Eingang verschafft: Das Ei
des Kolumbus.

Die sonstigen in besagter Kollektion ausgestellten Gegen-
stände bedürfen einer besonderen Besprechung nicht. Es sind
die noch ausgestellten Holzpflasterlöcher, neue und gebrauchte,
sowie die in Münchener Straßen zur Verwendung gelangenden
Steinarten und Asphaltte. Unter den Steinen sei als Kuriosum
erwähnt ein „Würfel-Fünfeck“. Das ist wörtlich genommen
natürlich ein Noniens: Ein Würfel kann kein Fünfeck sein und
umgekehrt ein Fünfeck kein Würfel. Es handelt sich, wie dem
Fachmann klar sein wird, um einen fünfeckigen Anfaßstein für
diagonales Keilpflaster. Der Erfinder des „Würfel-Fünfe-
cks“ sollte sich diese Bezeichnung patentieren lassen; vielleicht
findet er auch noch die Quadratur des Kreises.

Abgesehen aber von dieser scherzhaften Episode ist die Kol-
lektion Straßenbau des Münchener Stadtbauamtes durchaus gut
und sehenswert — wir wünschten nur, wir könnten daselbe auch

von den Lohn- und Arbeitsbedingungen der von demselben be-
schäftigten Arbeiter sagen.

Darüber aber findet man auch in der Ausstellung nichts.

Klassifizierung und Charakterisierung der Handwerksburschen.

Kürzlich fielen mir, so schrieb kürzlich dem Hamburger
Echo ein gelegentlicher Mitarbeiter, einige Gesite des Wanderers
in die Hände; des frommen Verbandsorgans des deutschen Her-
bergvereins (Wetzel bei Bielefeld). Dort teilt ein badiischer Arzt
die Auslassungen und Ansichten eines erfahrenen und intelli-
genten Landwärters mit über das deutsche Handwerkerwesen. Die
erste Stufe der Handwerksburschen, die „Akkoutoren oder Akk-
schen“, werden charakterisiert als junge Leute, die das erstmal
auf Reisen sind. Sie sind meistens ordentliche Handwerks-
gesellen, die in die Welt hinausgehen, um sich in ihrem Geschäft
auszubilden. Sie arbeiten gern, wenn ihnen Arbeit geboten
wird. Sie sind fast alle organisiert und zum größten Teil Sozial-
demokraten. Im Frühling kann man sie auf den Hauptstraßen
Deutschlands in Scharen wandern sehen, wie sie lustig singend,
oft keinen Pfennig in der Tasche, jeder mit einem Bündel ver-
sehen, daherkommen. Diese Sorte von Handwerksburschen bettelt
sehr wenig. Sie bekommen von Fachvereinen eine Unterbringung
und von den organisierten Arbeitern ein Geschenk. Auch nehmen
sie jede „Verpflegung“ mit, wenn sie auch vier Stunden dafür
schaffen müssen.

Von den „Knopftälern“, der zweiten Stufe, wird gesagt, sie
sind auch lustige Burschen, doch im Betteln schon sehr erfahren.
Sie arbeiten auch, aber nur, wenn sie gut bezahlt werden und
nur auf ihre Profession; andre Arbeit nehmen sie nicht an. Sie
haben große Neigung zum Trunk. Wenn sie Geld haben, so
brennt es ihnen in den Händen, und sie schaffen nicht eher,
bis der letzte Pfennig fort ist. Schwindel bei dem Betteln machen
sie nicht und haben meistens richtige Papiere. Von den
„Ladenstörern“, die des Abends in den Wirtschaften die Gäste
um Schlafgeld angehen, wird behauptet, auch sie seien Sozial-
demokraten; auf Religion hielten sie nicht viel.

Der gute Mann scheint wirklich keine Ahnung gehabt zu haben,
welche Aufgaben eigentlich den Arbeitskammern zu fallen sollen.

Kurz vor Tageschluss kam Herr Hesse-Berlin mit dem
Antrag angeführt, daß auf den Briefwechsel derjenigen Meister,
die Verbandsmitglieder sind, ein „Verbandszeichen“ vorzudrucken
sei. Dieser Vorschlag wurde freudig begrüßt, wie wir dem
„Steinbildhauer“ entnehmen.

Der nächste Tagungsort für die Hauptversammlung soll
Frankfurt a. M. sein. Damit waren die Beratungen zu Ende.

Aus dem Lithographiesteinge- biet.

Die wirtschaftliche Krise macht sich auch im Lithographiestein-
reviere sehr deutlich bemerkbar. Ab 1. Oktober wurde laut Be-
schluß des Lithographie-Industriellenverbands die Arbeitszeit
auf 8 Stunden reduziert und ab 1. November ist die sechsstündige
in Aussicht genommen. Zu allem diesen zirkulieren noch Ge-
rüchte, daß größere Betriebe eine Arbeitseinstellung bis zu sechs
Wochen vornehmen wollen. Untersucht man die Verhältnisse
fraglichen Reviers, so mag ja eine Ueberproduktion zugegeben
werden. Es ist ja schließlich nicht mehr anders möglich, um so
mehr, da trotz der hier sich in den letzten Jahren so sehr bemerk-
bar machen den technischen Entwicklung die Arbeitszeit eine un-
menschlich lange war. Auch soll nicht bestritten werden, daß das
Druckfeld nicht besonders gut ist, bis wieder andre Flächen ab-
gehoben sind. Aber die gegenwärtige Situation benützen die
Unternehmer, um gegen die Arbeitererschaft in einer unbeschreib-
lichen Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Es kann absolut gar nicht
bestritten werden, daß der Lithographie-Industriellenverband den
flauen Geschäftsgang dazu benützt, gegen die Organisation vor-
zugehen. Wir wollen aber auch nicht vergessen, darauf hinzu-
weisen, daß sich eben gegenwärtig sehr deutlich die Schattens-
seiten des Christen-Tarifs fühlen lassen. Diejenigen Mängel,
die wir bereits vergangenes Jahr kurz nach Tarifabschluss fest-
nagelten und die die „Gewerkschaftsstimme“ so schnell über-
wunden glaubte — durch das Entgegenkommen der Unternehmer!

Wie verhalten sich nun die Christlichen? Vor wenigen
Wochen tagte eine Versammlung, in welcher die gegenwärtige
Situation besprochen und beschlossen wurde, bei den Unter-
nehmern vorstellig zu werden, um wenigstens für den ganzen
Winter die siebenstündige Arbeitszeit zu — erbetteln. Trotzdem
sollte man jedoch meinen, daß, wenn sich die Macht und das Un-
nütze des kapitalistischen Produktionsystems so deutlich zeigen
wie gegenwärtig und ein festkoaliertes Unternehmertum ganz
deutlich zu erkennen gibt, daß ihm jede Organisation auf ge-
werkschaftlicher Basis der Arbeiter sehr unangenehm ist, die or-
ganisierte Arbeitererschaft eins ist! Aber ganz anders bei den
heiligen Christen. Nur eine Episode wollen wir hier festhalten
und diese dürfte genügen, zu beweisen, wie heuchlerisch die Zen-
trumsleute verfahren, wenn sie über sozialdemokratischen Terro-
rismus heulmeiern.

Es dürfte noch in ziemlich guter Erinnerung sein, wie wir
seinerzeit den christlichen Vorstehenden Friedrich Heuberger in
Langenthalheim in eine von uns einberufene Versammlung laden
mußten, weil dieser Herr gegen unsre Kollegen ein Verfahren
beliebte, das sich nicht mehr korrekt nennen läßt. Heuberger
seiner bewährten Tapferkeit kneifte feige aus. Der christliche
Held, welcher es fertig bringt, „Arbeitervertreter“ und zugleich
als Vorarbeiter „Arbeitgebervertreter“ zu sein, bringt jedoch die
Autorität der letztgenannten Charge so sehr in Anwendung, daß
es uns sehr zweifelhaft erscheint, ob der Direktor der ihm an-
gestellten Firma damit einverstanden ist. Besonders Sonntags,
in animierter Stimmung, erdreistet er sich öfter, unsre Kollegen
zu belästigen. Besonders diejenigen, die ihm unterstellt sind.
Er hat schon wiederholt gedroht, daß er die „Roten“ bei Pfeiffer
noch befeigen werde!

So ging es auch am 11. Oktober. Unsre Kollegen hatten
sich nach Schluß einer Versammlung in das öffentliche Wirt-
schaftslokal gegeben. Nach hatten sie sich placiert, da kam aus-
sich ein Christlicher, Friedrich Däßler, und belästigte sie, bis
ihm der Wirt die Tür wies. Sogleich nahm Heuberger für den
Ausgewiesenen Stellung. Nun verließen unsre Kollegen das
Lokal und nahmen in einem Nebenzimmer Platz. Auch dorthin
folgte Heuberger, bis er verlaßt das Lokal verlassen mußte. Nun
laute der Held vor der Türe und hielt jeden Ausstretenden an,
bis der gegenüber wohnende Nachtwächter erschien und Ruhe bot.

Aus dieser Schilderung dürfte zu ersehen sein, wie dieser
Musterchriste verfährt und sicher nicht zur Ehre der Christlichen.

Am Sonnabend nachher wurde Kollege Schmidt bei der
Firma Pfeiffer u. Co. entlassen und ihm eröffnet, daß seine
Entlassung mit oben geschildertem Falle identisch sei! Einige
Tage vorher erhielt er von Heuberger noch einen Stoß, weil er
kurz nach der Mittagspause eine Birne gegessen hat. Wir lassen
nur diese eine, hier geschilderte Tatsache sprechen und fragen
nun: Ist mit dem Verhalten des Heuberger die Leitung des
christlichen Verbandes einverstanden? Willigt hier Pfeiffer ein
derartiges Verhalten seines Vorarbeiters? Ist Herr Pfeiffer
als liberaler Mann damit einverstanden, daß seinen Arbeitern
das Koalitionsrecht auf diese Weise beschränkt wird? Wir
wollen hier nicht als Ankläger erscheinen, aber wir haben auch
keine Veranlassung, unsre Kollegen von Elementen mit der-
artigem Vorleben, weiterhin noch belästigen zu lassen!

Was aber nachkommt, die Spedjäger, Luftkalter, das ist
der Sozialdemokratie fremd und feind. Von den Spedjägern
wird gesagt, sie leben größtenteils von Fasel und kämen eigent-
lich nie aus dem Dusel. Sie seien der Sozialdemokratie feind,
dagegen in der Regel gute Patrioten.

Diese Charakterisierung, bei der die Sozialdemokratie am
besten mekommt, ist nicht recht nach der Weise des Wanderer-
Herausgebers. Er möchte die Wirkung dieser Darstellung ab-
schwächen. Daher sagt er in einem Nachwort, obgleich das
Ganze den Eindruck Les naheliegendermaßen mache, möchte doch
im einzelnen Unrichtiges unterlaufen; „z. B., daß die jüngeren
Wanderburschen, die sehr wenig Fetteln, jede Verpflegung mit-
nehmen, wenn sie auch vier Stunden dafür arbeiten müssen, fast
alle organisiert und Sozialdemokraten sind“. Diese Leute hätten
die Frommen jenseitig gern für sich mit Beschlag belegt. Da das
jedoch mit dem besten Willen nicht geht, so soll die Sozialdemo-
kratie ihrer auch nicht froh werden. Es heißt daher weiter: „Sie
mögen wohl fast alle so tun, als ob sie Sozialdemokraten wären.“
Hier schließen die Frommen von ihren Leuten auf andre. Weil
die unerbittlichen Vagabunden, die in Gottesurth und
Patriotismus nach, so häufig als nicht mächtig sich erweisen,
soll die Sozialdemokratie der braten Handwerksburschen, die sich
zu ihr bekennen, gleichfalls nicht froh werden. Diese müssen
daher heuchler sein wie jene. Und aus welchem Grunde? „Um
sich in ihren eignen und ihrer Kameraden Augen zu heben.“ Der
Grund wäre so übel nicht. Darni wäre ja schon zugegeben, daß
die Sozialdemokraten etwas besonderes sind und auf einer Stufe
stehen, auf die sich zu erheben dem Lumpaci bagabundus nicht ge-
lingt. — Es wird wohl damit sein Bemenden haben; der an-
ständige Handwerksbursche ist im allgemeinen Sozialdemokrat,
der Lumpenproletarier bleibt an den Kochhöfen der Frommen
und der „Patrioten“ hängen. Nur in einem dürfte sich der
fromme Wanderer auch noch irren. Die gewerkschaftlich organi-
sierten Wanderer kehren weder der Geschenke ihrer Kollegen,
noch der „Hilfe“ der Verpflegungsstationen. Ihre ihnen vom
Verbande zulebende Reiseunterstützung gestattet dem wandern-
den Proletarier schon so lieblich, auf die Hilfe anderer zu ver-
zichten.